Freiheitsglocke

VOS - Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.
Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus

Berlin, November/Dezember 2020 *70. Jahrgang, Nr. 817/818*

Obwohl die Absage zu erwarten war, trifft sie uns alle sehr hart

Die von den VOS-Landesgruppen geplante Feier am Deutschen Eck fiel Covid 19 zum Opfer

Das war ein harter Schlag, und doch kam er nicht unerwartet. Noch bevor die Maßnahmen des sogenannten Lockdowns von der Bundesregierung verkündet wurden, sagten die Organisatoren der VOS-Landesruppen Rheinland-Pfalz/ Hessen und Nordrhein-Westfalen sowie der UOKG das Treffen, das am 14. November 2020 am Gedenkplatz am Koblenzer Deutschen Eck stattfinden sollte, aus eigenem Ermessen ab.

Ganz sicher hatten viele SED-Opfer große Erwartungen in die Gedenkveranstaltung gesetzt. Einige planten die Anreise mit dem Flugzeug oder dem ICC, andere hatten bereits Fahrgemeinschaften angedacht. Auch auf das gemeinsame Miteinander im Anschluss an die Gedenkfeier hatten sich viele gefreut.

Und doch war es richtig und vor allem eine Entscheidung der Vernunft, dieses Treffen nicht stattfinden zu lassen. Erstens wäre es ohnehin dem Lockdown zum Opfer gefallen, und zweitens hat der Schutz vor der Ansteckungsgefahr grundsätzlich Vorrang.

Wie nun weiter?

Es gibt keinen Plan, keinen Gedanken und vorläufig nicht mal die Hoffnung auf eine Neuansetzung. Es wäre auch illusorisch, ein solches Treffen digital am Computer zu inszenieren. Oder doch nicht? Derzeit ist es so, dass die technischen Voraussetzungen noch nicht so leicht zu handhaben sind, damit sich auch Unbedarfte, Ältere und ganz Alte vor den PC setzen und via Bildschirm kommunizieren können. Vermutlich werden wir das auch niemals erreichen.

Dennoch sollten wir uns daran aufrichten, dass allein die Bereitschaft und der Wille vorhanden waren, die Anstrengung einer längeren Reise auf sich zu nehmen, um in Würde und im Kreise von Kameradinnen und Kameraden des Mauerfalls und der gewonnen Wiedervereinigung zu gedenken. Was zählt, das sind genau diese historischen Erfolge, und die bleiben im Kalender und den Geschichtsbüchern stehen, man wird sie genau so wenig entfernen können wie die Namen von Zeitzeugen und die der zahllosen Einzelschicksale, die beitrugen, das kommunistische Unrecht zu beseitigen.

Bundesvorstand,, Bundesgeschäftsführer, Redakteur

Er gehörte zu uns, auch wenn er sich zuletzt zurückgezogen hatte

Ein Nachruf zum Tod von Ehrhard Göhl.

So respektlos und bitter es klingen mag, aber sein Tod kam nicht überraschend. Immer wieder hatte er es am Telefon selbst angekündigt und sich (wörtlich) als der Grufty first class aus Darmstadt bezeichnet und dabei doch so munter und lebensnah geklungen, dass man es nicht wahrhaben wollte und nicht konnte.

Nun ist er also doch gegangen, und unsere Trauer hält sich ganz und gar nicht in Grenzen, denn Ehrhard Göhl war ein sympathischer, lebensmutiger, bescheidener und sehr selbstloser Kamerad und Freund, er hat, seit Jahrzehnten eher im Hintergrund, für die VOS und für die Aufarbeitung viel geleistet. Es waren zum einen jene Jahre, in denen er im Vorstand – auch als Bundesvorsitzender – aktiv war, und zum anderen hat er erheblich dazu beigetragen, die VOS und die Schicksale vieler Einzelner öffentlich aufzuwerten.

Noch bevor bald schon nach der Wiedervereinigung das große Verteilen der lukrativen Posten begann, war er in Kontakt mit der hohen Politikerriege, den Medien und den Historikern (Foto: Göhl vorn rechts mit der Rückansicht, in der Bildmitte Kanzler Helmut Kohl). Später musste er wie viele andere schwer Betroffene in die zweite, dritte Reihe zurückweichen, während sich echte und unechte Promi-Opfer in den Vordergrund drängten. Und doch war er immer noch da, hat er sich für die Wahrheit und die Gerechtigkeit gegenüber den Opfern eingesetzt und selbstlos gekämpft. *ARK*

Nachrufe und Neujahrsbotschaft im Innenteil S. 4/5

Am Ende dieses Jahres kann ich an dieser Stelle leider nicht nur Botschaften der Hoffnung verbreiten. Zu tief befinden wir uns unter den Zwängen der Pandemie Covid 19. Unser Land hat für den November wiederum schwere Einschnitte erfahren müssen. Im Dezember setzen sich die Maßnahmen fort, und es ist nicht abzusehen, dass es im nächsten und vielleicht übernächsten Jahr wesentlich leichter wird. Für jemanden, der in einer engen Stadtwohnung lebt und alleinstehend ist, ist diese Situation nicht einfach. Für uns Ältere, die wir zuweilen unter haftbedingten psychischen Belastungen leiden, ist das besonders schwer. Der psychische Druck verstärkt sich eher, als dass er abnimmt. Und doch müssen wir das aushalten und auch die Vorschriften, die uns von höherer Stelle auferlegt sind, akzeptieren. Es geht nur mit Vernunft und Einsicht und durch gegenseitige Hilfe und Zuspruch. Sicher wird es irgendwann besser, wobei es zweifelhaft ist, ob wir jemals in die einstigen Lebensbedingungen zurückkehren werden. Wir kennen den Spruch: Die Pandemie ist auch eine Chance, dass nach ihrer Überwindung vieles anders, nämlich besser werden kann. Ob das auf uns Haftopfer und unsere Angehörigen zutrifft, wird man sehen. Fast alle sind wir Rentner, was heißt dass wir um die Einkommen, die wir derzeit haben und die durchaus nicht immer hoch sein mögen, nicht bangen müssen. Das ist zunächst eine gute Basis, denn gegenüber Geschäftsinhabern oder sogenannten kleinen Selbständigen sind wir somit im Vorteil. Und doch ist abzusehen, dass die Renteneinkünfte im nächsten Jahr nicht gerade in hohen Raten steigen werden. Im Gegensatz zu den Kosten für die Lebenshaltung, die an vielen Stellen zunehmen. Allein die Besteuerung auf dem Energie-Sektor erhöht sich. Was sonst folgt, bleibt abzuwarten. Aber angesichts der hohen Summen, die derzeit ausgeschüttet werden, müssen irgendwann Maßnahmen getroffen werden, um die entstandenen Schulden wieder zu tilgen.

Ich bleibe allerdings bei der Einschätzung, dass das, was die Regierung an Vorkehrungen getroffen hat, richtig ist. Trotzdem denke ich, jeder kann seine Meinung haben, aber er bzw. sie sollte gründlich überlegen, ob er / sie nicht wenigstens die ungeliebte Maske in der Öffentlichkeit umbindet und zu anderen Personen Abstand hält, um sich und andere vor einer Ansteckung zu schützen.

Auf ein Wort zum Jahreswechsel

Nach wie vor stellt sich auch die Frage, ob es sinnvoll ist, im Bundestag oder anderen Gremien aus politischem Eigennutz Diskussionen wider die Schutzmaßnahmen zu führen. Oppositionshaltung mag wichtig sein, aber sie darf nicht die weitere Ausbreitung der Pandemie begünstigen.

Trotzdem sollen wir nicht vergessen zu leben und an uns zu denken. Es sind nicht nur die schweren Jahre unter der Diktatur, die uns Rückhalt und Selbstbewusstsein geben, sondern auch die Jahre der Erfolge und der guten Zeiten. Wir haben aus dem Nichts vor 71 Jahren den Verband aufgebaut und uns viele soziale Vorteile regelrecht erstritten. Wir haben seitdem eine eigene Monatszeitung, die zu den ältesten Presseerzeugnissen des Landes gehört, und wir sind als VOS nach wie vor eine Instanz, die Gewicht hat und die in mancherlei Hinsicht etwas bewegt. In dieser Fg-Ausgabe ist nachzulesen, dass wir weiter für finanzielle Verbesserungen eintreten und dass unsere Mitglieder im öffentlichen Leben mitwirken. Wir haben es inzwischen schaffen können, dass ein (Verbands)Leben ohne Generalversammlung und Vorstandswahl möglich geworden ist und sich unsere Verbandsfinanzen in einem korrekten Zustand befinden, wobei ich einmal mehr auf die Tatkraft des Bundesgeschäftsführers Hugo Diederich verweise. Und man sieht: Auch die Freiheitsglocke ist weiter präsent. Trotz des geänderten Erscheinungsmodus‘ sind wir auf diese Weise miteinander verbunden und können – wenn auch oft zeitversetzt – über interne Vorgänge, politische Schauplätze und personelle Änderungen berichten.

Für mich beginnt im nächsten Jahr der Angriff auf ein Viertel Jahrhundert Redakteurstätigkeit. Damit habe ich dann den früheren Redakteur Sigurd Binski um drei Jahre überholt, was allerdings kein Maßstab ist und was Binskis Leistung nicht schmälert. Ich denke, dass ich auf jeden Fall das folgende Jahr noch absolvieren werde. Ob und wie es danach weitergeht, wird man sehen. Es ist nicht so ganz leicht, sich nach vier Wochen Pause an den Laptop zu setzen und eine neue Zeitung aus dem Boden zu stampfen.

Was können wir nun dem Vorausblick auf das kommende Jahr entnehmen? Zum einen bleiben wir zuversichtlich, was den Umgang mit der Pandemie angeht. Wiewohl man weiter erhebliche Einschränkungen wird erdulden müssen, könnte der Impfstoff, den hoffentlich alle (!) bekommen, vieles lindern. Ob wir deswegen alsbald zu Präsenzveranstaltungen zurückkehren werden, bleibt abzuwarten. Wir haben jedoch die Chance, uns weiter digital zu verknüpfen. Wer also einen Computer hat oder diesen bei Verwandten und Freunden nutzen kann, sollte davon Gebrauch machen. Diese digitale Kommunikation wird auch nach Aufhebung der Schutzmaßnahmen ein Hauptfaktor unserer Gesellschaft bleiben. Covid 19, so lästig und hinderlich uns das Virus ist, hat vermutlich jetzt schon dazu beigetragen, ein neues Zeitalter einzuleiten. Für jüngere Menschen sind somit nicht nur die HNO-Masken zum Bestandteil des Alltags geworden, sondern sie haben sich auch längst auf die neuen Umgangsformen eingestellt. Für uns Ältere ist es zumindest ein gewisser Trost, schon mal einen herzhaften Blick in die kommende Zukunft werfen zu können.

Vorerst fällt dieser Blick jedoch etwas kürzer aus. Weihnachten und das neue Jahr kommen, und das sollten wir im Rahmen der Möglichkeiten genießen.

Ich wünsche es uns allen.

Bis zur Ausgabe im nächsten Jahr
Ihr Alexander Richter-Kariger

In dieser Ausgabe: Corona – unser Schicksal? ++++ VOS und viele Sympathisanten trauern um den früheren Vorsitzenden Ehrhard Göhl. Erinnerungen

Titelseite
Es musste eigentlich so kommen. Leider
Landesverbände sagen aus Gründen der Vorsicht das geplante Treffen in Koblenz ab

Ein großartiger Mitstreiter ist tot
Meldung zum Tod von Ehrhard Göhl

***Redaktionsthema*:**
Ist die Zukunft schon da?
Das neue Jahr steht vor der Tür der VOS 2

Viel gelitten, viel bewegt. Zuverlässig und immer hilfsbereit
Die VOS trauert um den früheren Bundesvorsitzenden Ehrhard Göhl. Ein Nachruf 4 – 5

Wenn sich die einen Diktatur-Opfer für die Opfer der anderen Diktatur einsetzen
In Neubrandenburg säubern VOS- Mitglieder freiwillig verschmutzte Gedenksteine 6

Aus den Bundesländern:
Potsdam: Gedenken ohne Öffentlichkeit
Pforzheim: DDR-Museum 6

Es könnte ein neuer, realitätsbezogener Dialog (auf Augenhöhe) zustande kommen
NRW-Landesbeauftragter Hendriks lud VOS-Zeitzeugen zu zweitem Rundtisch ein 7

Rückblick: 8. Februar 1975
Treffen sich zwei …
Ausgerechnet am 25. Jahrestag der Gründung des MfS besuchte der UNO- Generalsekretär in offizieller Mission die DDR 8 – 9

Die Tatsachen sind erdrückend. Doch die Politiker drücken sich. Warum?
In Sachen Rentenunrecht legen die Betroffenen noch einmal mit Argumenten nach 10

Mit 70 ins Leben zurückgekehrt
Glückwünsche an einen unserer Besten 11

Wir haben immer noch unsere Ziele
NRW-Landesvorsitzender FH Holtschke macht uns allen wieder mehr Mut 11

Ohne seinen Mut und seine Entschlossenheit wäre vieles verloren gegangen
Persönliche Erinnerungen an Ehrhard Göhl 12

Ich habe manches Mal an der Grenze fürchterlich gezittert
Fluchthilfe war ein „Job“, bei dem man mit eineinhalb Beinen im Knast stand 12

Von der Freude, ein ganzes Brot in kleinen Bröckchen zu genießen
Wolfgang Lehmann erinnert sich in einem abgeklärten Rückblick an die harten Schicksalsjahre seiner Lagerhaft in Sibirien 13 – 14

Was lange währt, führt zum Erfolg
Stadtrat von Zeitz beschließt trotz Gegenstimmen Gedenktafel für SED-Opfer 14

Es war eines der aufsehenerregendsten Urteile in der Nachkriegszeit
Leben und Schicksal des Hermann Josef Flade im Buchtipp der Fg 15 - 16

Ein letztes Lebenszeichen, dann kam die Hinrichtung
Die DDR war nicht kleinlich, was die Vollstreckung der Todesurteile anging 16

Der Schicksalsbogen:
Menschen und Ereignisse in einer äußerst turbulenten Zeit
Siegmar Faust zieht die Bilanz, die zugleich ein Stück Zeitgeschichte ist 17 – 18

Ute Lepke und die VOS Internet
Die Demos aus dem Jahr 2016 in Berlin und Karlsruhe wurden mediale Klassiker 18

Die Verlogenheit eines starren Systems
Putins Moskaus entledigt sich der Opfer und des schlechten Gewissens 19

God bless America – wie nun weiter?
Trump geht, Biden kommt, beide sind da 19

Ein besserer Platz wäre die bessere Lösung
Über das Mauersegment in Düsseldorf 20

Und das 31 Jahre nach dem Mauerfall
Wie man Opfer in die Knie zwingt 20

Die Bundesfinanzen werden knapp
VOS sollte umgehend handeln 20

Vom Kommunismus vereinnahmt und zu schlechten Büchern verpflichtet
Das Schicksal der Anna Seghers im Zeichen der politischen Systeme 21 - 22

Diese Auszeichnung freut auch die VOS
Verdienstkreuz für Stefan Krikowski 22

Der Bedarf an den Schulen ist noch groß
Zeitzeugen-Arbeit ist auch in Zeiten von Corona unbedingt angesagt 23

Krawall und Anarchie. Oder neue Freiheit?
Was Querdenken heißt realiter? 23

Sind wir nur noch mit uns selbst beschäftigt?
Hongkong wird weiter kommunistisch 24

Wider die einseitigen Monologe mit der Kanzlerin
IEDF aktualisiert Informationen auf Internetauftritt 24

Ein Happy end war nicht selbstverständlich
Die Schicksale von mutigen, verzweifelten Frauen in Büchern 25 - 26

Engels 2(.)00 – die Geschichtsschreibung geht großzügig mit ihm um 24

Für die einen ein Gott, für die anderen das größte Unglück der Menschheit
Die Bedeutung von Karl Marx besteht auch in seiner Rolle als Streitobjekt 27

Der Mauerfall in musikalischen Tönen
Rainer Schottlaenders Song von 1990 27

Neue Adresse der VOS-Bundesgeschäftsstelle 28

Meinungen, Knastlexikon, ,9
Gratulation, Ehrungen 21, 11
Meldungen, Tagebuch 17, 12
Nachrufe, Verstorbene 11, 12, 27
Impressum / Informationen / Suche 28

Der Lebensweg war schwierig und hart, und doch voller Höhepunkte

Zum Tode von Ehrhard Göhl, einem langjährigen Mitstreiter und früheren VOS-Vorsitzenden

Ehrhard Göhl wurde im September 1933 in der unmittelbaren Nähe der Stadt Bautzen geboren, und vieles, das in seinen ersten drei Lebensjahrzehnten geschah, hatte auch in Bautzen seinen Platz. Nicht zuletzt war es die Haftstrafe, die ihn in das bekannte Gefängnis Bautzen II führte, wo er Jahre seines Lebens hingeben musste.

Wollte man freilich die Bereiche, in denen Kamerad Göhl davor (und danach sowieso) lebte, in Kategorien oder Zahlen aufteilen, so entstünde eine lange Liste. Allein das schicksalhafte Geburtsjahr 1933, in dem die Machtergreifung der Nazis stattfand, markiert einen wesentlichen Eckpunkt und gibt den Ausblick auf eine Kindheit und Jugend, die viele Eindrücke und Lehren vermittelte und einen jungen Menschen kritisch und voller Fragen in die Welt schauen ließ. Da der Vater eine Festanstellung als Chauffeur in einem Großbetrieb für Kunstblumen hatte und er den Sohn oft genug auf seine dienstlichen (Leer)Fahrten mitnehmen konnte, gelangte der junge Ehrhard zeitig an Informationen und Erkenntnisse, die anderen verschlossen blieben. So musste er nach den zur Legende des Schreckens gewordenen Bombenangriffen auf Dresden im Winter 1945 mit ansehen, wie man verkohlte und verstümmelte Leichenberge aufgetürmt hatte und die Stadt in ein einziges, tagelang schwelendes Trümmerfeld verwandelt worden war. Ein Inferno, das bis heute die Frage nach dem Warum hinterlassen hat.

Ehrhard Göhl war zeit seines Lebens ein umtriebiger und erlebnishungriger Mensch. Er war freiheitsliebend und begnügte sich keineswegs mit dem bescheidenen Horizont, den ihm diese DDR bot, in die er unvermeidlich – wie viele Menschen nach ihm – hineingeboren wurde und die er als Staatsform niemals als seine Heimat gewählt hätte. Sein Blick (und nicht nur dieser) richtete sich über die Grenzen hinaus, und dies geschah sowohl in Richtung Ost wie auch West. Er heiratete eine (charmante) Ungarin und überwand mit ihr und mit der Unterstützung vieler Freunde die keineswegs einfachen bürokratischen und ideologischen Hürden, die es für eine Einbürgerung zu überwinden galt. Denn gerade in den zwischenmenschlichen Bindungen zeigte sich, was die brüderlichen Beziehungen unter den Partnern des sogenannten sozialistischen Lagers wert waren: wenig, es waren großspurige Lippenbekenntnisse, die die Ideologie und das Militär stärkten, aber ein individuelles Miteinander nicht vorsahen. Und vielleicht gerade deswegen wurde diese Ehe, die bis zur Diamantenen Hochzeit hielt und in der das großartige Paar allen Härten und Belastungen widerstand, so unverbrüchlich.

verhaftet am 26.5.59 entlassen am 15.10.65
aus Bautzen
Eintrittsdatum: 2.5.1973
Mitglieds-Ausweis
Nr. 24 207
Göhl
e Ehrhard
ıg u. Ort 2.9.1933,
Meßtechniker
VOS
Freiheit den politischen Gefangenen!
Recht den Heimgekehrten!

Immerhin, es bahnte sich in der zweiten Hälfte der 1950er Jahre eine sehr glückliche Zeit an. Göhl bekam als Techniker eine Arbeit beim Rundfunk- und Fernmeldetechnik-Verbund in Berlin, er und seine Frau Eva wohnten fortan in Karlshorst, einem Machtzentrum der sowjetischen Militärs. Man hatte hier die Grenze vor Augen, die zwar noch durchlässig war, einem aber doch zeigte, dass man als DDR-Bürger ein Gefangener des Staates blieb.

Um der Enge der DDR kurzzeitig zu entrinnen, organisierte Ehrhard über seine Cousine im Westen eine Reise für sich und Eva durch den anderen Teil Deutschlands und weiter bis in die Schweiz. Es war herrlich, aber es führte auch zu einem schlimmen Verhängnis, denn im Jahr 1959, folgte das, was das weitere Leben des Ehrhard Göhl bestimmen sollte: die Haft. Der Stasi war die illegale Reise von Hannover aus in das westliche Ausland nicht entgangen. Man witterte Spionage, wiewohl es solche nicht mal gedanklich gab. Und doch weiß man, dass bei derartigen Anschuldigungen kaum ein Entrinnen möglich war und dass Ausflüchte nicht zählten.

Das Ehepaar Göhl wurde nach der Rückkehr in die DDR festgesetzt und in den Stasi-Kellern von Ost-Berlin mit allen Härten, die es damals gab, in die Mangel genommen. Was heraus kam, war für Ehrhard eine Freiheitsstrafe von 15 und für Eva eine Verurteilung zu 3 ½ Jahren. Beide waren noch weit vom dreißigsten Geburtstag entfernt.

Man muss an dieser Stelle und in dieser Zeitung nichts Detailliertes über Strafanstalten und Haftbedingungen in der DDR ausführen. Es ist genügend Eigenerleben, mit denen die Leser*innen in Sachen Haft und MfS konfrontiert worden sind. Zudem ist, wer mit Ehrhard Kontakt hatte, manches von ihm selbst berichtet worden.

→ *nächste Seite oben*

→ *von voriger Seite*

Kamerad Göhl hat mit zunehmendem Lebensalter auch Personen und Haftbedingungen von der bitter-heiteren Seite zu betrachten versucht. Trotzdem steckte die Erfahrung des Bösen in ihm. Unüberwindbare Schlafstörungen und zeitweilige extreme innere Unruhe ließen sich einfach nicht bezwingen. Lange war er in Bautzen in Einzelhaft, blieb er ohne Arbeitserlaubnis und musste sich mit Medikamenten vollstopfen lassen.

Andererseits kam er dort oder im späteren Leben (auch über die VOS) mit Menschen zusammen, deren Schicksale und Leistungen später weithin publik wurden. Dazu gehörten der Schriftsteller Erich Loest oder der Publizist Xing hu Kuo sowie Bürger anderer Länder wie aus dem Iran. (Xing hu Kuo wurde später für drei Jahre Redakteur der Freiheitsglocke.) Die Haft war hart, mitunter grotesk und durch winzige Tröstungen gezeichnet. Und doch hat Ehrhard Göhl all die Härten überstanden und sich später bis zuletzt den Forderungen des Lebens und der freiwilligen Teilnahme an der Geschichtsaufarbeitung gestellt.

Die Haft jedoch blieb für immer ein wesentlicher Teil der Biografie. Solche Erinnerungen lassen sich nicht abschütteln. Sie setzen sich für immer in Körper und Seele fest, sie durchziehen in der Nacht die Träume und plagen einen am Tag im Unterbewusstsein und in wirren Bildern.

Kamerad Göhl wurde nach 6 ½ Jahren Haft entlassen. Zwischenzeitlich war Eva, seine Frau, vorzeitig auf Bewährung freigekommen und zurück (!) nach Ungarn ausgewiesen worden. Nachdem Göhl in die Bundesrepublik gelangt war, wurde er Mitglied in mehreren Menschenrechtsorganisationen, bemühte sich um die Freilassung noch Inhaftierter politischer Häftlinge in der DDR und trat der VOS bei. Im April 1976 wählte ihn die 11. Generalversammlung zum Bundesvorsitzenden. Im Verband vollzog sich in jener Zeit ein Umbruch. Bis dahin hatte vor allem der legendäre Werner Köhler das Geschehen bestimmt. Köhler war zehn Jahre Bundesvorsitzender und elf Jahre Bundesgeschäftsführer gewesen. Er gehörte zu den Häftlingen, die noch in der unmittelbaren Stalinära verurteilt wurden. Mit Göhl stand nun ein Jüngerer, zugleich ein DDR-Häftling, an der Spitze des Verbandes. Als neuer VOS- Vorsitzender setzte er auch neue Prioritäten, indem er vor der Etablierung des Kommunismus als gesellschaftlich akzeptierte Richtung warnte. Zugleich bereitete er den Weg für Jutta Giersch, seine Stellvertreterin, vor. Giersch löste Göhl bereits auf der 12. Generalversammlung als Vorsitzende ab. Auch sie war eine sehr starke Persönlichkeit. Sie hatte wie kein anderes Mitglied Kontakte zur Politik und vermochte die Türen zu den höchsten Amtsträgern zu öffnen.

Nach dem Mauerfall begann dann für Ehrhard Göhl noch einmal eine Zeit voller aufsehenerregender Aktivitäten, mit denen er den Politikern auf die Füße trat und in den Medien Aufmerksamkeit fand. 1992 berichtet das Magazin *Spiegel* über seine Anzeige gegen mehrere Schließer, die ihm in der Haft besonders zugesetzt hatten. Das Gedenken an die vielen verstorbenen Opfer und die Aufarbeitung des Unrechts waren ihm bis zuletzt wichtig. Wie es noch voriges Jahr in der Freiheitsglocke nachzulesen war, ging die Anbringung einer Gedenktafel im Beisein wichtiger Politiker auf seine unermüdlichen Bemühungen zurück.

Mit Ehrhard Göhl haben wir einen aufgeschlossen und agilen Kameraden verloren. Ohne ihn wäre die VOS nicht das geworden, was sie heute (noch) ist. Ebenso wäre manches in Vergessenheit geraten oder unter den Teppich gekehrt worden, was nun als Beweis für das angetane Unrecht in den Gedenkstätten zu besichtigen ist. Unsere Trauer um den Verstorbenen geht einher mit dem Dank für den großen Einsatz im Sinne unserer gemeinsamen Sache.

Valerie Bosse

Allen Kameradinnen und Kameraden der VOS sowie den Leserinnen und Lesern der Freiheitsglocke wünschen wir auch unter den erschwerten Umständen ein friedvolles Weihnachtsfest und für das neue Jahr Glück und Gesundheit.

Bundesvorstand, Bundesgeschäftsführer, Ihr Redakteur

Opfer einer Diktatur erinnern an die Opfer der anderen Diktatur

Neubrandenburger VOS-Mitglieder säubern Stolpersteine – nicht nur vom Staub der Straße, sondern von der großen Gefahr des Vergessens

Bei trübem Wetter trafen sich im Oktober des Jahres 2020 Mitglieder und Sympathisanten der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. / Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus e.V. in Neubrandenburg mit Putzmitteln. Passanten schauten irritiert, als Sympathisanten und Mitglieder der VOS e.V. anfingen, Steine am Boden zu reinigen und zu polieren.

Silvio Blum äußerte: *„Wir wollen unabhängig von irgendwelchen Gedenktagen auch während der Covid-19-Pandemie aktiv einen Beitrag zur Erinnerungskultur leisten. Wir haben alle Stolpersteine in Neubrandenburg gesäubert, die Schrift wieder lesbar gemacht und hoffen mit dem neuen Glanz die Aufmerksamkeit der Vorübergehenden zu wecken. Als Symbol unserer Solidarität mit den Verfolgten des Naziregime tragen wir heute eine Kippa. Wir hoffen mit dieser Aktion auch das Interesse auf die Opfer des Kommunismus / Sozialismus zu lenken. Opfer einer Diktatur bleiben Opfer.“*

Dieses Engagement ist nicht selbstverständlich, weil die meisten unserer (Zeit-)Genoss*innen sich um die Verantwortung, auch wenn sie persönlich keine direkte Schuld trifft, drücken.

Die Stolpersteine erinnern europaweit an die vielen Juden, Sinti und Roma, die wegen ihres Glaubens, ihrer politischen Ansichten, ihrer sexuellen Ausrichtung, ihrer Herkunft oder einer Beeinträchtigung während des Nationalsozialismus verfolgt worden waren. Die Stolpersteine liegen am jeweils letzten, freiwillig gewählten Wohnort. *André Rohloff*

Das Foto zeigt die beiden Kameraden bei der Ausführung ihrer Aktion. Damit beweisen die Opfer der einen Diktatur einen großen Respekt vor den Opfern der anderen Diktatur. Dies ist eine Geste, die in der heutigen Zeit viel Mut erfordert und die die VOS in ein sehr positives Licht rücken sollte.

Wir werden die Opfer auch unter den Einschränkungen ehren

Forum Potsdam/Brandenburg lud ohne Öffentlichkeit zur Kranzniederlegung ein

Aufgrund der zunehmenden Corona-Infektionen musste auch die traditionelle Gedenkveranstaltung zum 31. Jahrestag des Mauerfalls am 9.November 2020 des FORUMs zur Geschichtsaufarbeitung in Brandenburg ohne Öffentlichkeit stattfinden. Zum stillen Gedenken an die Opfer kommunistischer Gewalt erschienen an diesem Tag zu verschiedenen Zeitpunkten sowohl eine Vertreterin der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur (LAkD) als auch ein Vertreter des FORUM-Vorstandes an der Mauergedenkstätte Griebnitzsee, um hier jeweils ein Blumengebinde am Holzkreuz abzulegen. Dies teilt der Vorstand in seinem November-Rundbrief mit.

Dem Forum ist es auch zum 31. Jahrestag des Mauerdurchbruchs wichtig, darauf hinzuweisen, dass selbst unter den aktuellen Erschwernissen die historische Bedeutung dieses geschichtlichen Ereignisses unvergessen bleiben soll. Hierzu äußerte sich das Vorstandsmitglied Manfred Kruczek in einer Pressemitteilung: „Wir hoffen, unsere nächste Gedenkveranstaltung am 13. August 2021 zum 60. Jahrestag des Mauerbau wird wieder mit den Mitgliedern des Forums, deren Angehörigen, den Medienvertretern, unseren zuverlässigen Sympathisanten, den politisch Gleichgesinnten und mindestens einer Schülergruppe am Griebnitzseeufer begangen werden. Denn ewig wird dieser erschwerende Zustand nicht anhalten.“

Manfred Kruczek / Fg

Gute Resonanz auf Fg-Bericht über DDR-Museum

Ein Nachtrag ist jedoch unumgänglich

Wie in der letzten Fg-Ausgabe berichtet, wurde unserer Kameradin Gisela Lotz für ihr hohes Engagement in der Geschichtsaufarbeitung und bei der Belebung des Generationendialogs eine hohe Auszeichnung zuteil, die ihr im Auftrag des Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg verliehen wurde. In der Berichterstattung der Fg ist dabei eine Ungenauigkeit unterlaufen. Gisela Lotz ist nicht, wie es zu lesen war, in der DDR geboren. Ihr Geburtsjahr ist 1942, somit gab es noch keine DDR. Als sie zur Welt kam, tobte im damaligen Groß-Berlin der Krieg, und es hagelte Bomben. Diese Korrektur sei hier der Vollständigkeit halber vermerkt. Bei den Leser*innen der Fg hat der Bericht über die Verleihung der hohen Auszeichnung eine durchweg gute Resonanz erzeugt. Vielen war das Museum, das sich von den sonst üblichen Nostalgie-Stuben mit Sandmännchen-Puppen und alten Fernseh-Apparaten deutlich abhebt, bereits vordem gut bekannt, nicht zuletzt hatte die Fg mehrfach darüber berichtet und auch die Verdienste des damals überraschend verstorbenen Kameraden Klaus Knabe umfassend gewürdigt. *Valerie Bosse*

Zweiter Runder Tisch: Offene Atmosphäre tat allen Beteiligten gut

NRW-Zeitzeugen und Landesbeauftragter Heiko Hendriks im ernsthaften Dialog mit Staatssekretär für Bundesangelegenheiten Dr. Mark Speich zum Thema Rentenüberleitungsgesetz

Im inzwischen zum Tagesgeschäft gehörenden Format einer Online-Konferenz lud am 9. November der NRW-Landesbeauftragte Heiko Hendriks gemeinsam mit Nordrhein-Westfalens Landtagspräsident André Kuper, MdL, die Mitglieder der Zeitzeugen-Gruppe der VOS in NRW zu einem weiteren Runden Tisch ein. Obwohl nicht alle Eingeladenen teilnahmen – es fehlten bei einigen Zeitzeugen die technischen Voraussetzungen, bei anderen waren die Geräte offenbar nicht kompatibel – kam ein guter Diskurs zustande, der sich schwerpunktmäßig um das Thema Rentenunrecht gegenüber den sogenannten Altübersiedlern, zu denen viele Haftopfer gehören, bewegte.

Herr Hendriks ist seit langem nachdrücklich bemüht, sich für die Interessen der Betroffenen – gemeint ist der Kampf gegen die Benachteiligung im Rentensystem – starkzumachen. Sein Engagement kam nun auch durch die Einladung des für Bundes- und Europaangelegenheiten zuständigen Staatssekretärs Dr. Mark Speich zum Ausdruck, der sich bei Abhandlung des Themas zugeschaltet hatte und zunächst die Ausführungen des NRW-Landesvorsitzenden der VOS Felix Heinz Holtschke entgegennahm.

Kamerad Holtschke gehört zu denen, die sich seitens der VOS intensiv in die Materie eingearbeitet haben und auch an zahlreichen Gesprächen und Protestnoten beteiligt sind. So konnte er in Kurzform das Zustandekommen des RÜG sowie die aktuelle Sachlage erklären und dieses Herrn Dr. Speich nahe bringen.

In der Fg haben wir uns mehrfach und zwar ausführlich und vor allem sehr realistisch mit dem Thema Rentenunrecht befasst und bereits in ersten Bewertungen auf dieses – egal wie schäbig und hinterhältig es auf den Weg gebracht wurde – Gesetz hingewiesen und konstatiert, dass ein solches schwerlich zu kippen ist, zumal sich offenbar nicht nur politische Mächte, sondern auch die Justiz arrogant und voreingenommen verhalten. Dies ist denn auch nichts Neues für die SED-Opfer, waren doch Anfang der 2000er Jahre Klagen und Beschwerden vom Verfassungsgericht, damals unter der Präsidentschaft von Frau Limbach, kommentarlos abgewiesen worden. An einer solchen Haltung hat sich nichts geändert, denn auch im Falle des RÜG ließ man die Klage mehrere Jahre unbeantwortet liegen, um sie erst dann abschlägig zu bescheiden.

Kamerad Holtschke trug dies, so ärgerlich es für viele ältere Betroffene ist (für die Verstorbenen ist es ohnedies auch zu spät), sachlich und kompetent vor. Staatssekretär Dr. Speich war ein guter und dem Anschein nach wohlwollender Zuhörer. Und sicher kann man ihm auch Ehrlichkeit und Betroffenheit bescheinigen, denn seiner Wertung nach ist die Verabschiedung des Gesetzes vor vielen Jahren ein Faktum, an dem man nicht vorbeikommt und das die Situation bestimmt. Soll heißen: Dieses Gesetz wird sich auf dem Rechtsweg nicht erschüttern lassen.

Dennoch hat sich Dr. Speich in die emotionale Lage der Opfer hineinversetzen können. Der einstige Leitspruch von der Ungleichheit von Gerechtigkeit und Recht ist in diesem Fall durchaus zutreffend. Man darf hoffen, dass die Zusage des Staatssekretärs, das Anliegen der SED-Opfer auf Partei- und Regierungsebene vorzubringen, umgesetzt wird und es zumindest neue Gesprächs- und endlich Handlungsanstöße geben wird. Die Zahl der Anspruchsberechtigten schmilzt, was man zudem weiß. So gesehen kann es im Angesicht der riesigen Summen, die uns die Pandemie und die demnächst anfallenden höheren Rüstungsausgaben abfordern, am wenigstens ein finanzielles Problem sein, eine moralische Schuld – egal mit welcher Argumentation und mit welchen Mitteln – aus der Welt zu schaffen. Hinzu kommt ein dunkler Punkt, den sich die demokratischen Parteien durchweg vorhalten lassen müssen: Es ist ausgerechnet die Partei Die Linke, deren Politik ursächlich zur Schaffung der heutigen Opfer- und Benachteiligten-Gruppen geführt hat, die sich des Unrechts angenommen hat. Die Linke bringt gemeinsam mit der UOKG und der IEDF die Große Anfrage in den Bundestag ein. Viele VOSler sehen das mit Skepsis, wobei man sich im Verband fragt, auf wen können wir noch bauen? Die SPD hat mit den früheren Größen wie Schmidt oder Brandt wenig gemein, die FDP befördert sich selbst unter die Fünf-Prozent-Hürde, und AfD und B'90 / Grüne haben zuletzt gegen die Erhöhung der Opferrente gestimmt. Was die CDU macht, wird man nun sehen.

Ein weiteres, nicht unheikles Thema brachte Peter Hippe zur Sprache. Es betrifft ein immer noch bestehendes Limit der Haftzeit für die Gewährung der Opferrente. Der derzeit geltende Satz von 90 Tagen ist umstritten. Es sei daher nochmals darauf hingewiesen, dass die Schwere der Schicksale nicht allein an der Haftdauer messbar ist. Es gibt Lebensläufe, die von der Stasi zerstört wurden, ohne dass ein einziger Hafttag verhängt wurde. Wir hatten zuletzt empfohlen, zumindest die Möglichkeit der Einzelfallprüfung in Erwägung zu ziehen und dies bei der nächsten Gesetzesfassung zu berücksichtigen. Auch hier gilt, dass die vielfach genannte biologische Lösung längst im Gange ist. Es wäre ein minimaler Prozentsatz am Bundeshaushalt, um im Sinne der Opfer noch einmal wirksam nachzubessern.

Erfreulich, dass im abschließenden Teil der Konferenz Kameradin Marie Luise Knopp die Gelegenheit bekam, aus ihrem neuen Buch (es wird in dieser Fg ausführlich vorgestellt) mehrere Passagen vorzulesen. Darin werden die Ausreise- und Haftschicksale junger Frauen aus der DDR erzählt, was bei den meisten Zuhörern Erinnerungen an selbst erlebte Repressalien weckte.

Die VOS dankt insbesondere Herrn Heiko Hendriks für seine Bemühungen und seine Aktivitäten im Sinne der Zeitzeugen.

Tom Haltern

Tosender Beifall erklang, als Erich Honecker vor die Dreitausend trat

Als das Ministerium für Staatssicherheit im Februar 1975 seinen 25. Geburtstag beging, stattete der UNO-Generalsekretär Waldheim der DDR zeitgleich einen offiziellen Besuch ab

Am 8. Februar 1975 (dies war ein Samstag) übermittelte das Zentralkomitee der SED, genannt Neues Deutschland, einen besonders salbungsvollen, aber auch gewohnt unterwürfigen Gruß-Text an den zwanzig Jahre später als Doppelmörder entlarvten und verurteilten Minister und Armeegeneral Erich Mielke. Es war der 25. Jahrestag der Gründung des Ministeriums für Staatssicherheit, auch Stasi, die Firma, Erichs Banditen, Horch und Guck oder Schild und Schwert der Partei genannt.

Man kann das, was dieses Ministerium mit seinem riesigen Apparat angerichtet und verbrochen hat, nicht auf einer Schreibseite zusammenfassen, und man kann nur schwerlich erklären, welch ein Schrecken sich allein bei Nennung des Begriffs verbreitete. Zu umfassend und zu tief ist die Wirkung, die sich damit verbindet. Und in der Tat hält vieles davon bis heute als posttraumatische Belastung bei den noch lebenden Opfern – vor allem bei den ehemaligen politischen Häftlingen – an. Sie kämpfen mit den Schrecken der Erinnerung. Zudem werden 31 Jahre nach dem Mauerfall immer noch Schandtaten des einstigen Sicherheitsorgans aufgedeckt. Denn wer jene Akten, die die Stasi geführt hat, einsieht, erfährt fast immer Schlimmes: Hausdurchsuchungen, verwanzte Wohnungen, Spitzeleien in den engsten Familienkreisen, Zersetzungen, Schikanen, all das wurde fein säuberlich festgehalten und dokumentiert. Dazu die Begriffe Operativer Vorgang (OV), Kontrollobjekt (OPK) oder PiD. Was wurde nicht alles getan, um zahllose Menschen zugrundezurichten, und dies – es mag sich paradox lesen – zum angeblichen Wohle der Menschen.

Die große Lüge der Diktatur tritt an einer anderen Stelle derselben Ausgabe des Neuen Deutschland zutage. Der UNO-Generalsekretär Kurt Waldheim traf am Vortag (am 7. Februar 1975, einem Freitag) um 16.30 Uhr in seiner Sondermaschine (Typ ‚Falcon') in Berlin ein. Man begrüßte ihn, indem am Rande des Flugfeldes die ‚azurblaue Fahne' der Organisation, die Herr Waldheim vertrat, aufgezogen wurde. Dann leuchteten Scheinwerfer, die Blitzlichter der Kameras flammten auf, und sogar eine schneidige Ehrenkompanie der Nationalen Volksarmee ist angetreten. Die Frage, ob es die berühmt berüchtigten befohlenen Hurra-Rufe gab, bleibt im Zentralorgan unbeantwortet. Immerhin hält der DDR-Minister für Auswärtige Angelegenheiten Oskar Fischer (vermutlich nicht mit Joschka, dem späteren Inhaber eines ähnlichen gesamtdeutschen Amtes verwandt) eine gestochene Willkommensrede, denn es war der erste offizielle Besuch eines UNO-Generalsekretärs im Land der drei demagogischen Buchstaben, (wobei noch niemand ahnte, welch schmählicher Vorwurf selbigen Herrn Waldheim später ereilen würde).

Eine Zwischenbemerkung:
Erich Honecker hat selbst mehrere autobiografische Bücher verfasst, in denen er sich als eine Art historischen Superman darstellt. Zudem wurden über ihn zahlreiche Bücher von anderen Autoren oder Autorinnen verfasst, in denen er meist keine positive Beschreibung erhält. Oft wird er in Fernsehrückblicken erwähnt oder karikiert. Von Kurt Waldheim als einstigem UNO-Generalsekretär ist derzeit als Eigenbuch „Der schwierigste Job der Welt" (gebraucht) auf dem Markt.
(Siehe nebenstehende Collage)

Am Abend dieses im historischen Sinne doppeldeutigen Tages setzte das politrhetorische Schwelgen dann richtig ein. Es gab eine Einladung des Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker an Herrn Waldheim ins Berliner Palais Unter den Linden, wo laut ND ein ‚freundschaftliches Gespräch über ein breites Spektrum beiderseits interessierender Probleme' stattfand. Man tauschte sich in ‚aufgeschlossener Atmosphäre über die Entwicklung der internationalen Lage' aus, weitere Politiker und Diplomaten der DDR (der Ständige Vertreter der DDR bei der UNO, der Präsident der Liga für die Nationen …) durften erscheinen, und man war insgesamt ganz offensichtlich sehr gutgelaunt.

→ *nächste Seite oben*

→ von voriger Seite

Auch für die Gattin des UNO-Generalsekretärs wurde gesorgt. Frau Elisabeth Waldheim durfte am Abend desselben 7. Februars 1975 das Telecafé des Berliner Fernsehturms besuchen und sich von den Gattinnen der DDR-Chef- Diplomaten und der obersten Hostess des Turmes ansehnliche Nelkensträuße überreichen lassen.

Bei dem zweiten Großereignis des Wochenendes hatten es die oberen Politiker der DDR nicht so elegant getroffen. Dies war die Feierstunde zu Ehren des 25. Gründungsjahrestages des Ministeriums für Staatssicherheit, für die der Friedrichstadtpalast im Herzen Berlins herhalten musste. Hier galt es nicht, diplomatische Freundlichkeit zu heucheln, sondern es kam auf das Faustrecht, das gegenüber der eigenen Bevölkerung ausgeübt wurde, an. Neben Erich Honecker und Willi Stoph waren natürlich Genosse Mielke und seine hohe Garde sowie 3.000 frenetisch applaudierende Mitarbeiter*innen des gefürchteten Sicherheitsorgans anwesend. Das ND sprach gar davon, dass beim Einmarsch Erich Honeckers ‚tosender Beifall' zu hören und zu sehen gewesen sei. Manch einem der Anwesenden dürften die Kampflieder der Arbeiterklasse, die hier ebenfalls geschmettert wurden, heute noch in den Ohren klingen – freilich nicht mehr in jenem Jubelmodus, in den man sich für dieses elitäre Fest begeben hatte.

Als dann das Treuebekenntnis der Angehörigen des Ministeriums für Staatssicherheit zur Arbeiterklasse und zur Partei- und Staatsführung von Minister Mielke persönlich geleistet wurde, erhoben sich die Anwesenden von ihren Plätzen und waren sichtlich ergriffen. Man schwor, für den Schutz des Sozialismus einzustehen und die Errungenschaften und den weiteren Aufbau des SED-Staates zu schützen. Man dankte diesem edlen Ministerium für Staatssicherheit für das bisher geleistete Unrecht und man beschwor es, in seiner künftigen Rolle weiter zu agieren.

Niemand sprach indessen über die vielen Toten, die man sich in den 25 Jahren auf das leider nicht vorhandene Gewissen geladen hatte, und niemand erwähnte die Stasi-Untersuchungshaftanstalten, in denen zum selben Zeitpunkt massenweise politische Häftlinge einsaßen, und über jene, die in diesem Lande lebten und kurz vor der Verhaftung standen.

„Die Gespräche, die ich gestern abend mit dem Ersten Sekretär des Zentralkomitees, Herrn Honecker, und heute mit Ihnen, Herr Vorsitzender des Staatsrates, sowie mit dem Herrn Vorsitzenden des Ministerrates führen konnte, betrachte ich als einen nützlichen Beitrag für die Beziehungen zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und den Vereinten Nationen."

Grußwort des Generalsekretärs der Vereinten Nationen Kurt Waldheim am 8. Februar 1975 anlässlich des offiziellen Besuches in der DDR
Quelle: Neues Deutschland Tageszeitung. Zentralorgan d. SED

Leider versäumte man es auch, den Generalsekretär der UNO einzuladen. Wo der doch jetzt im Lande weilte und über so manche Probleme mit Herrn Honecker geredet hatte – offenbar aber nicht über das (große) DDR-Problem der Ausreisewilligen, der Häftlinge und der vielen Unzufriedenen. Waldheim, dessen Vater sich ausgerechnet als Nachnamen den Ort eines DDR-Gefängnisses gewählt hatte, hätte sich möglicherweise sehr konstruktiv mit Erich Mielke über die Kunst des Weglassens von eklatanten Lebensereignissen austauschen können. Stattdessen resümierte Waldheim bei seiner Abreise am 10. Februar 1975 laut ND: „Meine Gespräche mit der DDR waren sehr nützlich."

Übrigens kann man in der Freitag-Ausgabe vom 8. Februar 1975 der besagten Zeitung nachlesen, welche Errungenschaften des Sozialismus es denn – außer dem MfS und der Parteiriege selbst –wirklich zu schützen galt. Da war beispielsweise die Meldung über die Ausbringung der ersten Aussaaten des Sommergetreides in acht Thüringer Landkreisen. Da war auch die Meldung von Einsparungen an Material und Arbeitszeit in der Feingießerei Lobenstein, und nicht zuletzt (bzw. schon auf Seite 2) wird berichtet, dass wiederum (!) Oskar Fischer am selben 8. Februar eine Delegation der KDVR, üblicherweise Nordkorea genannt, zu einem ebenfalls freundschaftlichen Gespräch empfing. Dazu weiß man heute: Wer sich solche Freunde aussucht und wem keine wirklich wichtigen Meldungen einfallen, für den kann die Geschichtsschreibung nun einmal nur Spott und Verachtung übrig haben. Das gilt natürlich vor allem für Figuren vom Schlage eines Honeckers und Mielkes wie auch für eine im Endeffekt ganz traurige Gestalt wie den damaligen UNO-Generalsekretär. Waldheim übte dieses Amt über zwei Perioden (jeweils fünf Jahre) aus. Sein Versuch, sich Ende 1981 für eine dritte Amtsperiode wählen zu lassen, scheiterte am Veto Chinas. Er amtierte jedoch von 1986 bis 1992 als Bundespräsident in Österreich.

A. Richter-Kariger

Was wir nicht vergessen sollten

Das Knastlexikon

In dieser Reihe möchten wir einige Ausdrücke/Begriffe erklären, die (nicht) nur in der (DDR-) Haft geläufig waren und die man keineswegs vergessen sollte.

Heute: Brusthugo *oder* Brustpuffer

Der Begriff Brusthugo hat nichts mit unserem Bundesgeschäftsführer zu tun, soviel sei angemerkt. Der Brusthugo (auch Brustpuffer genannt) ist ein durchaus derber, aus dem Handgelenk heraus geführter Schlag gegen das Brustbein eines anderen Knasters. Er dient nicht vordergründig dazu, das Gegenüber matt zu setzen oder ihm einen k. o. zu verpassen. Er ist vielmehr eine heftige Warngeste, um diesen Anderen von weiteren Frechheiten oder Böswilligkeiten abzuhalten. Er markiert (etwa wie im Tierreich unter hormongesteuerten männlichen Rivalen vor dem Paarungsritual) eine Grenze: Sollte es der Rivale wagen, diese Grenze zu überschreiten, könnte ihm durchaus Böses geschehen. Der Brusthugo oder Brustpuffer kam / kommt hauptsächlich im Zuchthaus Brandenburg vor. *ARK*

Anm. d. Red: Dieses Knastlexikon ist im Entstehen. Es ist eine satirische Sammlung. Gern übernehmen wir Ihre / eure Erinnerungen.

Trotz des lückenlosen Rechtsnachweises weiter auf dem Abstellgleis?

Das Vorgehen beim Rentenunrecht zeugt von einem ganz, ganz schlechten politischen Stil

Während der Videokonferenz mit dem NRW-Landesbeauftragten wurde der Verlauf der Bemühungen um die Herstellung der Rentengerechtigkeit von bundesweit ca. 300.000 Betroffenen durch den VOS- Landesvorsitzende von NRW Felix Heinz Holtschke noch einmal übersichtlich dargestellt. Nachstehend sind die wesentlichen Etappen bzw. Schwerpunkte festgehalten:

- Tausende Beschwerden bzw. Individualklagen gegenüber der Deutschen Rentenversicherung bzw. vor den Sozialgerichten nach jeweiliger Feststellung der Rentenkürzung wurden bereits in den 1990-iger Jahren mit Hinweis auf das (fehlinterpretierte) RÜG zurückgewiesen.
- Gespräche mit Politikern aller Parteien spätestens seit 2010 waren erfolglos. Unzählige Briefe, auch noch 2020 an die Bundeskanzlerin, waren wirkungslos bzw. wurden nicht beantwortet.
- Bei einer Debatte im Deutschen Bundestag im Jahre 2012 ergriff Otmar Schreiner (SPD) als einziger Politiker Partei für die durch das RÜG rententechnisch wieder „zu DDR-Bürgern gemachten“, nämlich die vor 1989 in der BRD eingebürgerten Flüchtlinge und freigekauften politischen Häftlinge! Die CDU, namentlich ihr rentenpolitische Sprecher Peter Weiss u. a., argumentierten fadenscheinig und wider besseres Wissen dagegen!
- Die Verfassungsbeschwerde einer betroffenen Einzelperson wurde nach vierjähriger Nicht-befassung durch das Bundesverfassungsgericht am 13. Februar 2016 aus formalen Gründen nicht angenommen.
- Mehrere öffentliche Demonstrationen 2016 und 2017 in Berlin vor dem BMAS, dem Deutschen Bundestag, dem Bundeskanzleramt sowie vor dem Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe blieben ohne Reaktion seitens der Verantwortlichen.
- Während einer Besprechung am 3. September 2019 im BMAS mit Vertretern der UOKG, der VOS und der IEDF verwies der Abteilungsleiter Hans-Ludwig Flecken auf unseren Hinweis, dass die Einbeziehung der Altübersiedler in das RÜG weder in einer Gesetzesvorlage vom Deutschen Bundestag beschlossen noch in irgendeiner Aktennotiz vermerkt worden ist, dass es sich hierbei um eine rein politische Entscheidung handele. Dieses Argument wurde während einer nachfolgenden Besprechung am 29. Januar 2020 von den anwesenden CDU-Politikern Hermann Gröhe und Peter Weiss erhärtet.
- Seit dem 15. März 2018 liegt dem Petitionsausschuss des Deutschen Bundestag eine von der UOKG, der VOS und der IEDF unterzeichnete Beschwerde-Petition mit der Registrier-Nummer 3-19-11-8222-006233 und dem Titel „Beschwerde über die Nichteinhaltung der Festlegungen zum Rentenrecht in den beiden Staatsverträgen mit der DDR“ vor.
- Die Bundestagsverwaltung hat das BMAS hierzu um Stellungnahmen gebeten. Dadurch wurde in fragwürdiger Weise der von den Opferorganisationen Beklagte zum Gutachter, ja zum Sozialrichter bestellt. Ein aus Sicht der Petenten unhaltbarer juristischer Vorgang.
- Die Stellungnahmen des BMAS vom 30.01.2019 (Frau Dr. Brall) sowie vom 6. Mai 2020 (Herr Heidemann) liegen uns und der Bundestagsverwaltung vor.
- Mit Datum 20. Januar 2020 hat ausgerechnet die Fraktion *Die Linke* eine Große Anfrage mit dem Titel „Rückwirkende Einbeziehung der DDR- Übersiedlerinnen und –übersiedler in die Gesetzgebung zur Rentenüberleitung (Bundestag-Drucksache 19/ 11250) zur öffentlichen Debatte im Deutschen Bundestag eingereicht. Wiederum hat regierungsseitig dazu das BMAS mit Schreiben vom 29. Januar 2020 an den Bundestagspräsidenten geantwortet.
- Der von den Opfer- und Flüchtlingsorganisatoren bestellte Anwalt von Raumer hat die oben aufgeführten BMAS-Schreiben anhand der Aktenlage kritisch analysiert und hierzu eine umfängliche Gegendarstellung mit Datum vom 13. August 2020 erarbeitet. Diese liegt dem Petitionsausschuss vor und wurde zudem am 25. August. d. J. seitens des Vorsitzenden der UOKG Dieter Dombrowski an die Fraktionsvorsitzenden der im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien versandt.
- Die am 18. November 2020 gegen 18.00 Uhr stattfindende Debatte im Deutschen Bundestag zur Großen Anfrage werden die Betroffenen und Anspruchsberechtigten aufmerksam und kritisch verfolgen, aber auch genau registrieren, wer von welcher Partei unsere Interessen vertritt und damit dem gültigen Recht zum Durchbruch verhelfen wird. Denn zweifelsfrei wurde von RA von Raumer herausgearbeitet, dass der Gesetzgeber 1991 bzw. 1993 das RÜG bzw. das RÜG-ErG nur für Rentenberechtigte aus das Beitrittsgebiet erlassen hat. Im Übrigen haben kürzlich auch Sozialgerichte in Urteilen diese Rechtsauffassung bestätigt.

Angesichts der Tatsache, dass ehemalige Systemträger, selbst Angehörige des MfS, rentenmäßig oft besser gestellt sind als deren Opfer, erwarten die Betroffenen in den Opfer- und Flüchtlingsverbänden im 31. Jahr der Wiedervereinigung, die sie mit ihrem Widerstand gegen das stalinistische SED-System bzw. durch ihre Flucht mit bewirkt haben, endlich ein Ende der Blockade, eine ehrliche Fehlerkultur und damit Rechtsstaatlichkeit in dieser für uns eminent wichtigen sozialen Frage. Wir erwarten darüber hinaus vom Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages nunmehr eine zügige und abschließende Behandlung der über 2 Jahre anhängigen Beschwerde-Petition. Dies unter voller Ausschöpfung des gültigen Petitionsrechts, d.h. bei Bedarf auch unter Zuhilfenahme neutraler und regierungsunabhängiger Sachverständiger.

Die Opfer- und Flüchtlingsverbände haben Herrn Staatssekretär Dr. Speich innerhalb der Videokonferenz des Landesbeauftragen von NRW gebeten, diese Gedanken, Fakten und berechtigten Forderungen für das Bundesland NRW zielführend in den Bundesrat einzubringen. Eine nahezu lückenlose Dokumentation unserer nachdrücklichen Bemühungen um Rentengerechtigkeit kann unter *www.iedf.de bzw. www.flucht-und-ausreise.info.de* eingesehen werden.

Felix Heinz Holtschke
Landesvorsitzender d. VOS in NRW

Ein Nachsatz: Die Miene von Dr. Speich, als er vorstehende Fakten erfuhr, verriet deutlich Spuren von Erstaunen. *B. Thonn*

Nach Erkrankung wieder aktiv

Rainer Buchwald bleibt ein wichtiger Faktor im Bundesvorstand der VOS

Im Dezember begeht unser Vorstandsmitglied Rainer Buchwald seinen 70. Geburtstag. Dazu übermittelt ihm die ganze (!) VOS ganz herzliche Glückwünsche. Kamerad Buchwald ist bereits in der dritten Wahlperiode Schatzmeister in unserem Verband und erledigt, da er in Berlin wohnt, nebenbei viele Aufgaben in der Bundesgeschäftsstelle, sofern der dort eingesetzte Kamerad Hugo Diederich abwesend ist.

Rainer Buchwald ist seit vielen Jahren Mitglied des Verbandes, er war in der DDR als Jugendlicher in den Werkhof verbracht worden und erlebte dort harte Zeiten. Mehrmals ist er bei Zeitzeugen-Veranstaltungen aufgetreten, um die besondere Situation seiner Opfergruppe zu erklären.

Nach der Generalversammlung im Jahr 2017 erkrankte er schwer und musste sich schwierigen Operationen unterziehen. Anschließend folgten langwierige medizinische Behandlungen, die nun zum Erfolg führten, so dass „Buchi“ auch wieder am Grill stehen und seine Lieblingsmusik (Beat der 1960er Jahre) hören kann. Vielleicht wird es ihm auch gelingen, sich in das selbst ausgestattete Wohnmobil zu setzen und die Länder Europas zu bereisen – ein Traum, den er sich nach dem Mauerfall endlich erfüllen konnte.

Großen Anteil an der Genesung hat Rainers Frau Sieglinde, die ihn bei Versammlungen und Veranstaltungen begleitet und ebenfalls in der VOS ist.

Wir wünschen Rainer Buchwald weiteres Gesunden und viel Kraft bei der Ausführung seines Amtes im Bundesvorstand. Falls es die Freiheitsglocke in zehn Jahren noch geben sollte, ist eine umfangreichere Gratulation von dieser Stelle aus versprochen.

Bundesvorstand, Bundesgeschäftsführer, Redakteur

Mit großem Bedauern reagiert der Bundesvorstand der VOS auf die Nachricht vom Tode des vormaligen Geschäftsführers der UOKG

Detlef W. Stein

Herr Stein verstarb am 5. November 2020. Er wäre im Juni 2021 sechzig Jahre alt geworden. Die Zusammenarbeit zwischen unserer Vereinigung und dem Dachverband verlief durch die unterstützende Tätigkeit des Verstorbenen konstruktiv und zuverlässig.

Die VOS wird Herrn Stein in ehrenvoller Erinnerung behalten.

Unser Mitgefühl gilt der Familie des Verstorbenen, ganz besonders seiner Ehefrau und seinen Kindern.

Die Trauerfeier fand bereits statt.

Der Bundesvorstand der VOS

Trotz Pandemie und finanziellen Belastungen macht sich die VOS mit ihren Forderungen nicht klein

Klare Ziele für das nächste Jahr abgesteckt

Dass sich SED-Opfer auch unter den starken Belastungen der Pandemie nicht abdrängen lassen, machte der VOS-Landesvorsitzende NRW Felix Heinz Holtschke währen der Video-Konferenz mit dem NRW- Landesbeauftragten Heiko Hendriks am 9. November 2020 klar. Konkret fasste er die Ziele, die es neben dem Begehren gegen das Rentenunrecht, zu verfolgen gilt, in wesentlichen Stichpunkten zusammen:

- Dynamisierung der Opferrente analog der Bezüge der Abgeordneten des Deutschen Bundestages
- Beweislast-Umkehr bei der Anerkennung von haft- und verfolgungsbedingten Gesundheitsschädigungen
- Einrichtung eines (bundesweiten) Härtefall-Fonds zur finanziellen Notlinderung bedürftiger Haftkameraden
- Herabsetzung der Mindesthaftzeit zur Inanspruchnahme der Opferrente für politisch Verfolgte in der DDR von 90 auf 1 Tag.
- In Anbetracht der bisher vorliegenden Ergebnisse aus dem U-Ausschuss des Berliner Abgeordnetenhauses in der causa Dr. Hubertus Knabe fordern wir, dass grundsätzlich die administrative Leitung von Gedenkstätten der 2. Deutschen Diktatur nicht mehr in die Hände der SED-Nachfolgepartei gelegt werden darf.

Dies sind Ansagen, die schon lange im Gespräch sind, die in Anbetracht der bevorstehenden Bundestagswahl (falls diese wegen der Pandemie nicht verschoben wird) für die VOS ernsthaft angegangen werden sollten, etwa auch in der bewährten Form der Wahlprüfsteine früherer Wahlen.

Innerhalb der Video-Konferenz wies zudem Kamerad Christoph Becke auf die Möglichkeit der Mittelbeantragung bei der Stiftung für die SED-Opfer in Bonn hin. Für Empfänger der „Ehrenrente“ trifft dies jedoch nicht zu.

Hugo Diederich

Er wollte die Freiheitsinitiative nicht nur den Diplomaten überlassen

Hartmut Richter aus Berlin erinnert sich mit Wehmut und mit Stolz an die Zeit mit Ehrhard Göhl

So wie die anderen Kameradinnen und Kameraden erfüllt auch mich der Tod von Ehrhard Göhl, der am 17. Oktober gestorben ist, mit tiefer Trauer. Ich selbst hatte viele Kontakte zu dem Verstorbenen und möchte vor allem darauf hinweisen, dass Ehrhard Ehrenpräsident des von ihm gegründeten OFB (Opfer-Förder und Dokumentationsverein Bautzen II) war. Der Verein vertritt die Belange ehemaliger Bautzen-Häftlinge.

Ich kam am 6. Dezember 1977 nach zweimaliger Zwangsernährung (im Haftkrankenhaus Meusdorf) und Flugblattfunden, in denen ich die Büttel als Handlanger des sowjetimperialistischen Marionettenregime bezeichnet hatte, von Rummelsburg über die Keibelstraße nach Bautzen II. Zum „Lumpenproletarier“ gemacht, hatte ich nichts als meine Ketten oder mein durch die Haftumstände ohnehin armselig gewordenes Leben zu verlieren. Ich vermittle heute bei Führungen und Vorträgen stets die Zersetzung genannten subtileren Methoden der Tschekisten, die im Nachhinein doch schlimmer als Schläge waren.

Ehrhard Göhl kannte ich seit Dezember 1980. Ich lernte ihn auf einem vom Verein "Hilferufe von drüben" organisierten Weihnachtstreffen für entlassene politische Gefangene aus der SBZ / DDR kennen und schätzen. Mit L. P. Naumann nahm ich, kurz zuvor am 2. Oktober (dem Geburtstag Mahatma Gandhis) entlassen, an diesem Treffen teil.

Ehrhard war wie ich ein Hardliner, beide vertraten wir die Meinung, dass nicht alles den geheimen Bemühungen der Diplomaten überlassen bleiben dürfte. Wir sprachen uns für spektakuläre Aktionen aus.

An Brennpunkten wie dem Checkpoint Charlie sollte auf Zwangsadoptionen und Menschenrechtsverletzungen des SED-Regimes hingewiesen werden. Von sich selbst "fortschrittlich-links" fühlenden Zeitgenossen wurden wir als Faschisten und, etwas abgeschwächter, auch als Kalte Krieger gebrandmarkt. Ehrhard hat Aktionen wie zum Beispiel das Einmauern des Aeroflot-Büros am Vorabend des 20. Jahrestags des Mauerbaus 1981 in der Budapester Straße von West-Berlin, nahe Bahnhof Zoo, immer verteidigt. Er hat auch solche spektakuläre Aktionen wie die von Jutta Gallus, heute Fleck, unterstützt.

Nach Stasi-Akten-Einsichtnahme zeigte sich allerdings wie viele Spitzel in der IGfM, in der sich Ehrhard längere Zeit engagiert hat, tätig waren. Ohne Ehrhard gäbe es keine Gedenkstätte Bautzen und keinen "Grotewohl-Express" auf dem Gelände der Gedenkstätte Hohenschönhausen. Dies sind nur einige seiner wichtigen Aktionsergebnisse. *Hartmut Richter*

Der Verfasser (Foto) des vorstehenden Beitrags floh als Jugendlicher auf spektakuläre Weise aus der DDR, indem er unter Einsatz seines Lebens durch den Teltowkanal nach West-Berlin schwamm. Er hatte sich zuvor lange mit dem Gedanken getragen, der DDR den Rücken zu kehren. Nach seiner Flucht lebte er mehrere Jahre in Hamburg, er fuhr zur See und begann danach, durch mutige Aktionen etlichen DDR-Bürger auf der Transitstrecke im Auto zur Flucht in den Westen zu verhelfen. Nachdem ihm das 33-mal mit Männern, Frauen und sogar Kleinkindern gelungen war, wurde er – damals 28 Jahre alt – ausgerechnet gefasst, als er auch seine noch in der DDR lebende Schwester und deren Verlobten schleusen wollte. Er erhielt dafür eine Haftstrafe von 15 Jahren (zu diesem Zeitpunkt galt dies als Höchststrafe, später wurde Lebenslänglich eingeführt), ehe er 1980 durch den Häftlingsfreikauf in den Westen gelangte. Er wurde auf freier Strecke gestoppt und von den Posten mit Hunden gestellt. Bis heute ärgert ihn, dass er anfing, nicht mehr vorsichtig genug zu sein und die Stasi daher auf ihn aufmerksam wurde.

Hartmut Richter ist inzwischen im Rentenalter, er bleibt jedoch im Sinne der Aufarbeitung weiterhin sehr aktiv. Er ist an der Aufarbeitung und am Gedenken für die SED-Opfer beteiligt und wird häufig von den Medien kontaktiert. Als besonders wichtige Aufgabe sieht er die Weitergabe seiner persönlichen Erfahrungen an Jugendliche bei Zeitzeugen-Veranstaltungen an Schulen an. Zudem steht er für Führungen durch die Gedenkstätte im ehemaligen Stasi-Knast Berlin- Hohenschönhausen zur Verfügung. Buchungen sind vor Ort oder über das Internet (im zentralen Zeitzeugen-Portal) möglich.

Hartmut Richter wurde 1948 in Glindow bei Potsdam geboren. Er ist Träger des Bundesverdienstkreuzes der Bundesrepublik Deutschland und lebt in Berlin. Im Dezember 2012 führte der Redakteur mit ihm ein Interview, das anschließend über mehrere Seiten in der Freiheitsglocke veröffentlicht wurde. Es trug die Überschrift „Manchmal hab ich an der Grenze vor Anspannung gezittert“ und wurde ergänzt mit der Einleitung: *Fluchthilfe war ein Job, der Mut verlangte und einem vor allem nervlich alles abverlangte.*

Das Interview ist in der Ausgabe 721 (Oktoberheft 2012) erschienen. Es kann jetzt unter der Rubrik #aktuelles# auf der Web-Seite first-minute-buecher.de in voller Länge nachgelesen werden. *ARK*

Die VOS dankt Hartmut Richter für seinen Beitrag.

Langsam aß ich Stück für Stück das erste eigene Brot auf

Ein Rückblick nach mehr als sieben Jahrzehnt auf die schwere Lagerzeit im eisigen Sibirien

Wolfgang Lehmann, der in diesem Jahr seinen 92. Geburtstag begeht und immer noch als Zeitzeuge unterwegs ist, gibt nachstehend einen bemerkenswerten Einblick in seine Lagerzeit im sibirischen GULag.

Vorausgegangen sind bereits seine Schilderungen über die Verhaftung sowie die Inhaftierung als Vierzehnjähriger im Lager Ketschendorf.

Es war am 6. März 1947, als die Tür unseres Viehwaggons aufgerissen wurde und eine raue Stimme in gebrochenem Deutsch rief: „Sibir! Aussteigen!“ Eiskalter Wind blies mir ins Gesicht. Ich war wie versteinert. Hatte sich nun meine Befürchtung bewahrheitet, die mich schon seit Tagen quälte, je länger unser Zug Richtung Osten fuhr.

Am 31. Januar waren wir in Fürstenwalde mit unbekanntem Ziel abgefahren. Wir, das waren 315 Häftlinge des sowjetischen Speziallagers Ketschendorf, die im Dezember 1946 nach einer Untersuchung durch sowjetische Militärärzte aus etwa 10.000 als arbeitsfähig ausgesucht worden waren. An der polnisch-russischen Grenze in Brest-Litowsk waren davon 92 aussortiert und nach Deutschland zurückgeschickt worden, wo sie allerdings nicht entlassen, sondern in andere Speziallager eingewiesen wurden. Zu den 223 übriggebliebenen, die nunmehr in russischen Viehwaggons weiter nach Osten fuhren, gehörte auch ich.

Die Helligkeit blendete mich, denn ich hatte seit unserer Abfahrt aus Brest-Litowsk mit einer kurzen Ausnahme in Moskau den Waggon, in dem es keine Fenster gab, nicht verlassen dürfen. Als ich auf den Boden sprang, stürzte ich in den Schnee, weil meine Beine völlig verkrampft waren. Während der fünfwöchigen Reise konnte ich wegen der starken Belegung nur mit angezogenen Beinen sitzen oder stehen. Liegen war nicht möglich. Außerdem schaufelte ich jetzt wie wild Schnee in mich hinein, um den quälenden Durst zu lindern, denn wir hatten immer nur zu trinken bekommen, wenn der Zug irgendwann hielt, und das war selten. Die sowjetischen Bewacher hielten uns vom Schnee-Essen ab, indem sie sogar mit ihren Maschinenpistolen auf uns einschlugen, denn wir hätten sonst daran sterben können.

Nach einem kurzen Fußmarsch erreichten wir das Lager, das für die nächsten drei Jahre meine Heimstatt werden sollte. Es war wie alle Lager im berüchtigten sowjetischen GULag-System mit einer hohen Bretterwand umgeben, außen und innen zweifach Stacheldraht umfasst, an den Eckpunkten Wachtürme mit Maschinengewehren und Scheinwerfern sowie enen durchgehend Wachposten waren.

Häftlings = Schicksal

Nach der Einteilung in Kompanien und Züge (genau nach preußischem Vorbild) wurde ich einer der Erdbaracken zugeführt, die es dem Aussehen nach wohl schon viele Jahre gegeben hatte. Die Wände und das Satteldach bestanden aus halbierten Baumstämmen, mit der glatten Seite nach innen, die äußeren Zwickelfugen mit Moos ausgefüllt und mit Erde an- bzw. aufgeschüttet. Dadurch wurden im Rauminneren im Sommer die Hitze und im Winter die Kälte abgemildert. Zugänge gab es jeweils an den Stirnseiten. Beidseits des durchgehenden Mittelganges befanden sich jeweils drei Reihen stählerne Doppelstock-Bettgestelle. Der sowjetische Soldat zeigte auf ein oberes Bett, das für mich bestimmt war. Ich war fassungslos! Ein Bett, und das für mich ganz allein! Ein ungeheures Glücksgefühl überkam mich. Seit meiner Verhaftung am 24. Oktober 1945 in Großräschen (Niederlausitz) hatte ich (bis auf wenige Tage im Amtsgerichtsgefängnis in Cottbus) überhaupt kein Bett zum Schlafen gehabt. Da machte es mir nichts aus, dass auf den rohen Einlagebrettern nur ein mit Hobelspänen gefüllter Bettsack lag und eine Wolldecke dazu. Ein Kopfkissen oder gar Bettwäsche gab es nicht. Die habe ich in meiner fast fünfjährigen Haftzeit nie gesehen. In Großräschen stand ich nach meiner Verhaftung eine Nacht in einem Stall mit Männern und Jungen so eng, dass niemand umfallen konnte. Im GPU-Keller in Calau lagen alle auf dem Betonboden. Später in Ketschendorf schlief ich die erste Zeit auf einer Stufe der Betontreppe, die in den Keller führte. Erst nachdem Jungen dort gestorben waren, konnte ich in einen Keller nachrücken. Da lagen wir auf einer Bretterpritsche in etwa ein Meter Höhe über dem Fußboden oder direkt auf dem Betonboden unter der Pritsche, von der nachts Wanzen und Flöhe auf uns fielen.

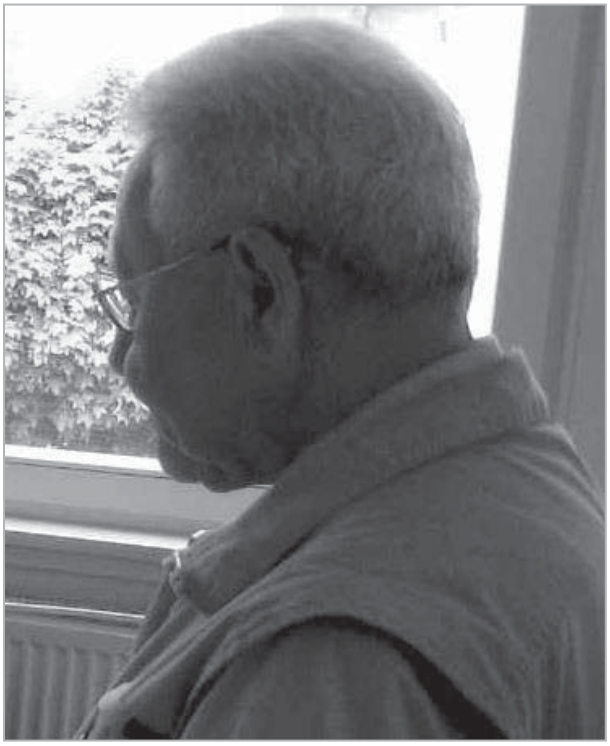
Wie so oft davor und danach hatte ich hier jetzt wieder Glück, indem ich einem Sägewerkskommando zugeteilt wurde. Es befand sich direkt neben unserem Lager, so dass mir längere Fahrten auf offenen Lkw zur Arbeitsstelle erspart blieben. Neben dem eigentlichen Sägewerk gab es noch eine Tischlerei, unterteilt in Maschinenraum und Zusammenbau. Ende 1947 wurde ein weiteres Sägewerk errichtet für ein größeres Sägegatter, das die Sowjets aus Finnland geklaut hatten. Unser Gatterführer Eduard Meinen aus Mecklenburg war der einzige wirkliche Fachmann im ganzen Bereich. Er sah sofort, dass es eine hochmoderne Anlage war, die er selbst aus Deutschland nicht kannte und drängte unseren Zugführer Franz Winkler, sich dafür einzusetzen, dass wir an dieser neuen Anlage arbeiten dürfen. Es gelang.

Im März 1948 wurde am ‚Großen Gatter‘ die Arbeit aufgenommen und ich war – wieder zum Glück – dabei. Für die Arbeit der Häftlinge musste die Verwaltung des Sägewerkes unserer sowjetischen Lagerleitung Geld bezahlen. Es sollen 420 Rubel im Monat gewesen sein. Wenn man mehr verdiente, bekam man den Überschuss ausbezahlt, aber nur bis 120 Rubel. Schon für März erhielt ich zum ersten Mal Geld, und zwar so viel, dass es für den Kauf eines Kastenbrotes vom Kiosk im Sägewerk reichte.

→ *nächste Seite oben*

→ von voriger Seite

Wie ein Heiligtum trug ich den Brotlaib nach der Arbeit ins Lager. Fast feierlich setzte ich mich auf mein Bett und aß ganz langsam Stück für Stück das Brot auf, das ganze Brot! Dabei riss ich immer Brocken heraus, um sie genüsslich zu verzehren. Gerade die Brocken waren es, die mich entzückten. Als ich den Laib so in einem Zug verspeiste, kam es mir wie ein Gottesdienst vor. In der gesamten Zeit davor erhielt ich immer nur eine Scheibe Brot am Tag. Das war die sowjetische ‚Norm'. Mit einer Scheibe Brot und einem Esslöffel Zucker stirbt es sich ganz langsam.



Wolfgang Lehmann (Foto: © privat), hier bei einem Zeitzeugen-Vortrag an einem Gymnasium in seiner nunmehr langjährigen neuen Heimat, hat bis heute nicht nur ein äußerlich gutes Profil bewahrt.

Dieses langsame Essen hatte uns in Ketschendorf der Lagerarzt des Jugendhauses, der aus Berlin stammende Dr. med. Vogel, empfohlen. Einmal hat man dadurch länger das Essgefühl, zum anderen nimmt der Körper die Nährstoffe von ganz fein gekauter und eingespeichelter Nahrung besser auf. Das habe ich bis heute so beibehalten.

Dieses Erleben hat mich so tief geprägt, dass ich bis heute kein Essen wegwerfen kann. Es bereitete mir regelrecht körperliches Unbehagen, wenn ich z. B. im Schiurlaub in den Hütten sah, welche Mengen an wertvollen Nahrungsmitteln in die Abfallbehälter wanderten. So bin ich mir jederzeit meiner heutigen glücklichen Lage bewusst, dass ich essen kann was ich will, wie viel ich will und wann ich will, was damals fast fünf Jahre nicht so war. *Wolfgang Lehmann*

Aus der Erinnerung aufgeschrieben im Juli 2020 im 92. Lebensjahr

Die VOS dankt Wolfgang Lehmann für diesen wichtigen Erinnerungsbericht und ermuntert hiermit andere Kamerad*innen, ihre Erlebnisse ebenfalls für die Fg niederzuschreiben.

Die Entscheidung war überfällig

Linke und AfD konnten trotz Schulterschluss Gedenktafel für SED-Opfer nicht verhindern

Wie bereits mehrmals in der Fg berichtet, gab es schon seit Jahrzehnten Anträge an den Stadtrat von Zeitz (Sachsen-Anhalt), zur Anbringung einer Gedenktafel für die Opfer der SED-Diktatur. Dies soll nach langen Diskussionen endlich (!) in die Tat umgesetzt werden. So hat es der Stadtrat in seiner Sitzung am 8. Oktober 2020 beschlossen. Die Tafel soll ihren Platz am Gewandhaus am Altmarkt haben.

Dem Antrag stimmten 18 von 34 Stadträten zu, fünf stimmten dagegen. Die Gegenstimmen setzen sich aus den Stadtratsfraktionen AFD (1 von 3) und DIE LINKE / ZfZ (4 von 5) zusammen. Damit ist erneut, wenn auch wiederum auf lokaler Ebene, eine Überstimmung von rechten und linken Kräften zu verzeichnen, was an dieser Stelle nicht kommentiert werden soll.

Der beschlossene Gedenktafel-Text soll folgendermaßen lauten:

In den Gebäuden Altmarkt 16 – 19 befand sich während der DDR-Zeit das Volkspolizeikreisamt, in dem Menschen verhört, schikaniert und in Gefängnisse überstellt wurden. Aus der Stadt und dem Kreis Zeitz kamen damals Menschen aus politischen Gründen zu Tode oder wurden in anderer Weise Opfer politischer Willkür. Wir würdigen den Einsatz für Freiheit und Demokratie und gedenken der Opfer der SED-Diktatur (1949 – 1989).

Um diese Gedenktafel haben sich insonderheit sechs Antragsteller verdient gemacht, zu denen auch Dr. Oskar Schmidt gehört, der sich seit Jahrzehnten für die umfassende Rehabilitierung des Predigers Oskar Brüsewitz einsetzt. Brüsewitz hatte sich in eben diesem Zeitz im August 1976 aus Protest gegen das SED-Regime und aus seiner hochgradigen Sorge um die Erziehung der Jugend in der DDR öffentlich mit Benzin übergossen und angezündet. Die sechs Antragsteller erfuhren für ihr hartnäckig vertretenes Anliegen Zuspruch von zahlreichen Unterstützern in Nah und Fern.

Zum Beschluss über die Genehmigung der Gedenktafel durch den Zeitzer Stadtrat gaben sie folgende gemeinsame Stellungnahme ab:

„Wir sechs Antragsteller danken dem Zeitzer Oberbürgermeister und dem Stadtrat dafür, dass Sie heute am 8. Oktober 2020 die Gedenktafel am Altmarkt beschlossen haben und auf diese Weise im Namen der Stadt das Leid der Opfer des SED-Regimes in Zeitz und Umgebung in sichtbarer Weise anerkennen. Es ist mit Sicherheit der richtige Schritt.

Leider sind manche der Opfer und der betroffenen Angehörigen in den vergangenen Jahren verstorben und können die Anerkennung ihres Leides in ihrer Heimatstadt nicht mehr miterleben. Doch gibt es in Zeitz und dem Kreis Zeitz noch immer zahllose Opfer des SED-Regimes und betroffene Angehörige, die diese Würdigung verdienen. Viele Betroffene haben die Zeitzer Region verlassen und wohnen heute in anderen Gegenden Deutschlands."

Der Erklärung ist aufgrund ihres Wahrheitsgehaltes nichts hinzuzufügen. *B. Thonn*

Das Todesurteil und das Ringen um ein wenig Menschlichkeit

Ein neues Buch über Hermann Flade, der in der DDR einem Schauprozess ausgesetzt war

Das grausame Schicksal des 18-jährigen Oberschülers Hermann Flade (1932 bis 1980) aus Olbernhau im Erzgebirge, der am 10. Januar 1951 vom Landgericht Dresden zum Tode verurteilt wurde, hat die Öffentlichkeit in Westdeutschland mehr als ein Jahrzehnt beschäftigt. Ohne das anhaltende Entsetzen über dieses unerhört harte Urteil wäre es am 29. Januar nicht zum Revisionsprozess gekommen und zur Verhängung einer Zeitstrafe von 15 Jahren.

Der am 7. Oktober 1949 in der Sowjetischen Besatzungszone gegründete Staat, der sich selbstherrlich Deutsche Demokratische Republik nannte, war, da ihm, bis zum Untergang am 9. November 1989, jegliche demokratische Legitimation fehlte, ununterbrochen darauf bedacht, mit allen Mitteln seine Herrschaft nach innen und außen abzusichern. Dazu gehörten das politische Strafrecht, das Redefreiheit, Reisefreiheit und jede Art von Streiks verbot, die „parteiliche“ Strafjustiz, die unmenschlich hohe Strafen für „politische Verbrechen“ auswarf, und dazu gehörte auch die Ermordung Hunderter von DDR-Flüchtlingen an der innerdeutschen Grenze.

Hermann Josef Flade, unehelich geboren am 22. März 1932 in Würzburg, war ein unerbittlicher Gegner der neuen Ordnung. Er wuchs seit 1936 in Olbernhau auf, wohin Mutter und Stiefvater mit ihm gezogen waren. Dort besuchte er seit 1938 die Volksschule und nach dem Krieg die Goethe-Oberschule. Für den 15. Oktober 1950 waren die ersten Wahlen seit Staatsgründung für die „Volkskammer“, das DDR-Parlament in Ostberlin, angesetzt. Hermann Flade, der diese Wahlen aus demokratischer Überzeugung ablehnte, hatte mit einem Stempelkasten aus der Kinderzeit Flugblätter gedruckt und sie am 14. Oktober, dem Vorabend der „Volkswahlen“, in Hausbriefkästen gesteckt. Dabei wurde er von zwei Volkspolizisten in Zivil, die als Liebespaar getarnt waren, gestellt. Er zog sein bereits aufgeklapptes Taschenmesser und stach dem Volkspolizisten, der sich auf ihn gestürzt hatte, in den Rücken. Danach floh er.

Am nächsten Morgen, dem Wahlsonntag, besuchte er mit seiner Freundin den katholischen Gottesdienst und ging mit ihr zum Wahllokal im Ballhaus Tivoli. Am Nachmittag des 15. Oktober wurde er verhaftet und in Handschellen abgeführt.

Das besondere Buch

Die Gerichtsverhandlung am 10. Januar 1951 war als Schauprozess inszeniert, der Saal war brechend voll, die Verhandlung wurde über Lautsprecher nach draußen übertragen. Um 16.30 Uhr wurde Hermann Flade zur „Strafe des Todes kostenpflichtig verurteilt“.

Was Karin König mit ihrem lesenswerten Buch versucht hat, ist eine Rekonstruktion des ersten DDR-Jahrzehnts und der politischen Umstände 1950/51, die zur Verurteilung Hermann Flades führten. Bereits 1998 hatte sie in der Frankfurter Rundschau in einem Essay das Thema aufgegriffen und danach Briefe einstiger Mithäftlinge Hermann Flades im Zuchthaus Waldheim wie Achim Beyers (1932 bis 2009) und Lisa Flades, der in Siegburg/Rheinland lebenden Witwe, erhalten. Von ihr bekam Karin König damals auch die Telefonnummer Lena Reuters in Olbernhau, der einstigen Sekretärin des Bürgermeisters, die zur schier unerschöpflichen Quelle wurde.

Die Autorin ist bei ihrer Recherche äußerst umsichtig und zielstrebig vorgegangen. Die Archivreisen nach Berlin, Bonn, München und Mainz und nicht zuletzt ins Erzgebirge werden zeitaufwändig und kostspielig gewesen sein. Das Literaturverzeichnis lässt erkennen, dass Karin König keine Mühe gescheut hat, aus Haftberichten wie dem von Hermann Flade selbst (1963) wie auch aus denen von Eva Müthel (1957) und Walter Kempowski (1969) die Atmosphäre in den DDR- Zuchthäusern der fünfziger Jahre zu erfassen.

Selbst Andrea Feths Buch über Hilde Benjamin (1997) und Wolf Biermanns Autobiografie (2016) wurden hier einbezogen. Was die „Volkswahlen“ von 1950 betrifft, so gelang es ihr sogar, einen Kommentar der 17-jährigen Brigitte Reimann (1933 bis 1973) in einem Brief an eine westdeutsche Freundin ausfindig zu machen.

Das kaum hoch genug einzuschätzende Verdienst von Karin Königs Buch ist es, den Lebensweg Hermann Flades nach der Haftentlassung weiterverfolgt zu haben. Fast alle Haftberichte, sofern sie nicht in Autobiografien eingebettet sind, enden mit dem ersten Atemzug in der Freiheit. Von allen Bemühungen seiner westdeutschen Freunde, den Waldheimer Häftling durch Proteste und Eingaben freizubekommen, hat er nichts erfahren. Andererseits war seine widerwillig und lustlos eingegangene Verpflichtung zur Mitarbeit bei der Staatssicherheit, die er mutig im seinem Haftbuch zugegeben hat, der westdeutschen Öffentlichkeit nicht bekannt.

Am Montag, 28. November 1960, wurde Hermann Flade nach mehr als zehn Jahren aus dem Zuchthaus entlassen und kam bei Verwandten in Flöha, unweit seiner Heimatstadt Olbernhau gelegen, unter. Ein gültiger DDR-Pass wurde ihm aber von der Abteilung Inneres des Rates des Kreises verweigert, er bekam nur einen Behelfsausweis, mit dem er nicht reisen durfte.

→ *nächste Seite oben*

→ von voriger Seite

Erst nach einem Beschwerdebrief seiner Eltern an den damaligen Volkskammerpräsidenten Johannes Dieckmann wurde ihm eine Reise von drei Wochen über Weihnachten zu seinen Eltern in Traunstein/Oberbayern zugestanden. Am 10. Dezember 1960, dem Tag der Menschenrechte, traf er mit dem Interzonenzug nach Mitternacht im oberfränkischen Hof ein, wo ihn seine Eltern und ein Schwarm von Journalisten erwarteten, die ihn mit Fragen bedrängten. Abgesandte der Illustrierten Stern entführten dann noch in der Nacht Hermann Flade und seine Eltern nach Hamburg, wo ihn die Journalistin Eva Müthel (1926 bis 1980), die selbst sechs Jahre in DDR-Gefängnissen verbracht hatte, zu einem Exklusiv-Interview erwartete, dessen erste Folge noch vor Weihnachten, am 21. Dezember, erschien.

Später holte Flade das Abitur nach, nahm ein Studium in München auf, wechselte nach Mainz und wurde dort 1967 im Fach Politikwissenschaft promoviert. Er heiratete, wurde Vater dreier Töchter und Referatsleiter im Gesamtdeutschen Institut in Bonn.

Während der zwei Jahrzehnte, die er nach der Haftentlassung noch zu leben hatte, stand er unter ständiger Beobachtung des Ostberliner Ministeriums für Staatssicherheit.

Völlig überraschend verstarb er am 16. Mai 1980 mit nur 48 Jahren. Jörg Bernhard Bilke

Karin König „Die Freiheit ist mir lieber als mein Leben“ Berlin 2020, 200 Seiten, 19.80 Euro, auch gebraucht im Internet

**** **** **** ****

Töten für Frieden und Humanität

In der DDR: Mehrere Hinrichtungen pro Jahr?

Nach inoffiziellen Recherchen wurden allein im Zeitraum 1970 bis 1979 mindestens 15 Personen von DDR-Gerichten zum Tode verurteilt und durch einen „unerwarteten Nahschuss“ hingerichtet. Dabei handelte es sich um Todesstrafen wegen NS-Verbrechen wie auch Taten aus politischen und kriminellen Gründen. In den 1950er Jahren erhielt der zuvor vom Oberleutnant zum Feldwebel degradierte Armee-Angehörige Manfred Smolka die Todesstrafe, weil er seine Frau und die Tochter in den Westen bringen wollte. Der Fluchtplan war zuvor verraten worden. Die zuständigen Richter zeigten nach der Aufarbeitung des Falles auch später keine Reue und keine Einsicht. Ulbricht, damals SED-Chef, lehnte ein Gnadengesuch unter fadenscheinigen Gründen ab. *T. H.*

Es war furchtbar und erschüttert mich bis heute zutiefst

Todesurteil nach dem Mord an einem ABV

An einem Freitagabend im Oktober sortierte ich mal wieder alte Unterlagen, und weil dies nicht sonderlich aufregend war, schaute ich nebenher im Fernsehen den Sender ZDF Info an. Dort liefen Beiträge über alte Kriminalfälle in der früheren DDR. Dabei traf es mich plötzlich wie ein Blitzschlag, als ein Bericht über einen ABV-Mörder kam.

Der besagte Fall beherrschte jahrelang meine Erinnerungen, machte mir ein schlechtes Gewissen und lässt mich noch heute schaudern. Wenn ich mit Gruppen von Interessierten – meist sind es Jugendliche – vor meiner ehemaligen Zelle im Stasi-Gefängnis Magdeburg stehe, erzähle ich oft von jenem Wand-Klopf-Kontakt (1, 2, 3 … = A, B, C … – d. Red.) mit der Nachbarzelle. Diesen Kontakt mit dem dortigen Insassen brach ich irgendwann ab, weil mir der Nebenmann mitteilte, dass er aller Voraussicht nach mit der Todesstrafe zu rechnen habe.

Ich war damals so naiv zu glauben, dass es das – die Todesstrafe, vor allem ihre grausame Vollstreckung – in der DDR nicht geben würde. Tatsächlich traute ich eine solche Unmenschlichkeit der DDR, die sich in den 1970er Jahren zunehmend auf internationaler Ebene als demokratischer Staat präsentierte, nicht mehr zu. Aber als ich später von einer Vernehmung kam, sah ich, dass ein uniformierter Schließer vor der Tür Nachbarzelle saß, wobei die Klappe in der Tür offen war, damit man den Todeskandidaten besser überwachen konnte.

Endlich raffte ich mich auf und nahm Kontakt zur Zelle an der anderen Seite auf. Auch hier ging es nach dem bekannten Klopfmodus vonstatten. So erfuhr ich von den Insassen auf dieser Seite, dass diese Art von Bewachung bei zum Tode verurteilten Häftlingen so vorgeschrieben sei. Mittlerweile war der Todeskandidat schon verlegt worden. Wohin, habe ich nie erfahren, doch machte ich mir anschließend schwere Vorwürfe wegen des Kontaktabbruchs. Und nach Ausstrahlung des Berichts rührt mich das Schicksal des Betroffenen nun wieder umso mehr. Ich hätte diesem armen Menschen vielleicht ein ganz wenig Trost spenden können. Er lag zudem an der Außenwand des Gebäudes, so dass es keine weitere Kontakt-Möglichkeit für ihn gab.

Durch den TV-Bericht weiß ich nun definitiv, dass er hingerichtet wurde. Das wurde auch der Gemeinde Seehausen mitgeteilt, wo der Bürgermeister urteilte, dass der Hingerichtete vielmehr in eine Klinik gehört hätte, da sein Hass auf den ABV von krankhafter Eifersucht geprägt war und dies als Tatmotiv anzunehmen gewesen ist.

Ich würde gern die Gemeinde Seehausen aufsuchen und mit Leuten sprechen, die damals dort lebten und etwas zu den schlimmen Vorgängen berichten könnten. Nach diesen vielen Jahrzehnten könnte dann auch ich etwas Ruhe und einen Abschluss finden.

Jürgen Krahn / ARK

Nachtrag: Im vorstehend geschilderten Fall könnte es sich um Klaus Jarosch handeln, der das Todesurteil am 23. März 1973 vom Bezirksgericht Magdeburg erhielt.

Nach der Freude über die Wiedereinigung setzte es Enttäuschungen

Die Opfer wurden unzureichend entschädigt, während die Peiniger ihre Rentenansprüche eins zu eins im neuen Rentensystem umsetzen konnten. Teil 3 des Fortsetzungsberichts von Siegmar Faust

Der Fortsetzungsbeitrag für interessierte Leserinnen und Leser (zuletzt Fg 811): In einem mehrteiligen Beitrag für die Freiheitsglocke schildert VOS-Dissidenten-Urgestein Siegmar Faust seinen Weg von den Anfängen im schlammigen Sozialismus bis zum Übertritt in die überstrahlende Welt des Westens sowie zu seinem unermüdlichen Einsatz für Aufarbeitung und Aufklärung der kommunistischen Diktatur.

Der Beitrag muss aufgrund seines Umfanges und des begrenzten Platzes in der Fg auf mehrere Ausgaben verteilt werden. Der erste und der zweite Teil waren in Nummer 809 bzw. 811 nachzulesen.

Lesen Sie nachfolgend den spannend unterhaltsamen dritten Teil einer ungewöhnlichen Lebensgeschichte.

Die linken Kollegen, die immer so gern ihre Solidarität mit allen Unterdrückten dieser Welt betonten, zeigten sich gegenüber den Erfahrungsopfern der Stasi- Repressionen nur selten aufgeschlossen und hilfsbereit, es sei denn, diese streckten erst einmal wie Wolf Biermann, Jürgen Fuchs, Gerulf Pannach oder Rudolf Bahro weiterhin ein rotes Fähnchen in den Wind. Vor allem gegenüber den über 200.000 politischen Haftopfern blieben die Politiker dieser Richtung engherzig.

Die Opfer und Widerständler wurden nicht nach dem damals schon bestehenden Bundesentschädigungsgesetz von 1956 entschädigt, sondern auf eine viel billigere Weise, während unsere Peiniger ihre Rentenansprüche eins zu eins in das bundesdeutsche Rentensystem einspeisen konnten. Dadurch stehen heute viele Opfer und Widerständler gegen die SED-Diktatur viel schlechter da als diejenigen, die sie im zivilen Leben oder in den Zuchthäusern und besonders in den Jugendwerkhöfen des SED-Regimes bespitzelt, verhaftet, gequält, unrechtmäßig verurteilt, unter Fronbedingungen haben zwangsarbeiten lassen und mitunter sogar misshandelt und vergewaltigt hatten.

Als dann Ende der 1980er Jahre gar die Massendemonstrationen und die rasante Fluchtbewegung von DDR-Bewohnern vor allem über Ungarn in den Westen einsetzten, löste das bei den westlichen Vertretern des Fortschritts keineswegs solidarische Anteilnahme und Freude, sondern schwerste Irritationen und panische Abwehrreflexe aus. Kein einziges Institut, kein Geschichtsprofessor oder wer auch immer interessierte sich außer den Betroffenen je für das Thema Stasi. Lediglich der Journalist Karl Wilhelm Fricke, der zu den Hunderten gehörte, die man aus dem Westen entführt und nach furchtbaren Stasi-Verhören zu Haftstrafen verurteilt hatte, wurde nach seiner Rückkehr faktisch der einzige *Fachmann für Widerstand und Opposition und Unterdrückung* in der mitteldeutschen Sowjet- Kolonie. Der DDR-Forscher Johannes Kuppe und Frickes Kollege beim Deutschlandfunk erkannte mit Erschrecken: *Fricke hat das Thema Repression in der DDR tatsächlich allein abgedeckt.*

Und eben dieser Fricke war es auch, der kurz vor dem Ende des totalitären Unrechtsstaates das einzige Buch zum Thema Stasi veröffentlicht hatte: „Die DDR- Staatssicherheit. Entwicklung, Strukturen, Aktionsfelder“. In diesem Buch ging er nach eigenen Recherchen davon aus, dass es im SED-Staat rund 17.000 hauptamtliche Stasi-Mitarbeiter gäbe. Das galt für das kleine Land von rund 16 Millionen Einwohnern und seinem riesigen Parteienapparat als eine große Anzahl.

Nach dem Zusammenbruch des sozialistischen Regimes kam jedoch heraus, dass dieses Terrorministerium allein 1989 über 91.000 hauptamtliche und 174.000 Informelle Mitarbeiter verfügte. Doch für die hochdotierten DDR- Forscher der Bundesrepublik war es wegweisender, dass sich die westdeutsche DDR-Forschung „aus der platten Umklammerung eines platten Antikommunismus gelöst“ (Gert-Joachim Glaeßner) habe.

Als dann endlich die Stasi- Thematik den Buch- und Zeitungsmarkt überschwemmte, da mutige Bürgerrechtler mit Hungerstreiks die Vernichtung und Einsargung der Stasi-Akten verhinderten, wurde kaum noch beachtet, in wessen Diensten die „armen Stasi-Hunde“ (Wolf Biermann) ihre zum größten Teil verbrecherischen Aktivitäten gegen das eigene Volk eigentlich ausgeführt hatten. Da mit heißer Nadel ausgehandelt worden war, dass das SED-Unrecht nur nach SED-Recht bestraft werden dürfe, gab es bis auf eine einzige Ausnahme keinen Prozess gegen einen der übrigen 91.000 hauptamtlichen Stasi-Schergen, denn sie hatten ja nach den Gesetzen der DDR gehandelt und lediglich die Aufträge der Regierung erfüllt.

Immerhin wurde doch eine *Zentrale Ermittlungsgruppe für Regierungs- und Vereinigungskriminalität* (ZERV) gegründet, der mit Manfred Kittlaus an der Spitze ein kompromissloser und engagierter Aufklärer vorstand. Im September 2004 wurde er tot in seinem Auto aufgefunden. Er starb 67-jährig *vermutlich* an einem Herzinfarkt.

Keiner der Täter musste jene unmenschlichen Haftbedingungen erdulden, wie sie die Opfer des Regimes zu ertragen hatten.

Gegen rund 100.000 SED- Funktionäre, Stasi-Offiziere, Gefängniswärter und andere Hilfskräfte des Unrechtsstaates wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet. Gegen 1.286 Angeschuldigte wurden gerichtliche Hauptverfahren eröffnet, doch nur 750 Personen wurden rechtskräftig verurteilt. Lediglich 40 Angeklagte wurden zu Freiheitsstrafen ohne Bewährung verurteilt. Keiner der schießwütigen Grenzer, der den Befehl ausführte, „auf Menschen wie auf Hasen zu schießen“ (Lothar Loewe), musste dafür ins Gefängnis. Doch „Das ist Siegerjustiz!“ hallte es durch den medial populistischen Kosmos.

Keiner dieser Täter musste die Erfahrungen der Opfer selbst erleben. → *nächste Seite*

→ von voriger Seite

Vor allem jene Haftbedingungen, die sie, als sie noch an der Macht waren, ihren zu Feinden erklärten politischen Gegnern zugemutet hatten, hätten sie wenigstens einmal für wenige Stunden kennenlernen sollen.

Doch genau das blieb ihnen wie vieles andere erspart. Insofern verrät der bekannte Satz der Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley durchaus eine berechtigte Enttäuschung, die besonders jene teilen, die in die Mühle der Stasi geraten waren: *Wir wollten Gerechtigkeit und bekamen den Rechtsstaat.*

Tja, wenn es ihn denn wenigstens noch gäbe, den Staat, den man als halbwegs zuverlässiges Rechtsinstrument bezeichnen könnte. Spätestens seit 2015, als über eine Million überwiegend junge Männer, viele davon ohne Pass und ohne Gesetzesgrundlage, faktisch nur aus Mitleid einer ansonsten kühl agierenden Kanzlerin eingelassen wurden, bekam ein größer werdender Teil der Bevölkerung langsam mit, dass sie der Rechtsstaat nicht mehr schützt, sondern selber bedroht oder zumindest verunsichert. Kamen durch den Terroranschlag eines tunesischen Moslem 12 Menschen ums Leben wie auf dem Berliner Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz, dann bekamen die Hinterbliebenen vorerst nur ein Drittel an Opferhilfe dessen, was den Opfern des psychisch kranken Massenmörders von Hanau sofort zugesichert worden war. Die Angehörigen der Opfer des Berliner Breitscheidplatzes schrieben ein Jahr nach dem Anschlag einen Brief an die Kanzlerin, der sogar vom SPIEGEL veröffentlicht wurde. Darin heißt es, dass sie als Hinterbliebene nach fast einem Jahr nach dem Anschlag nicht einmal ein persönliches Kondolenzschreiben der Kanzlerin bekommen hätten. Frau Merkel muss sich da schon die Frage gefallen lassen, ob sie die Kanzlerin aller Deutschen und sogar aller Europäer ist.

Andere Politiker*innen, von AKK bis GG, kommentierten die Vorgänge in der gewohnt oberflächlichen Art, mit der große Teile der Bevölkerung nicht einverstanden sind, weil sie sie nicht verstehen. Muss man sich daher über einen sogenannten Rechtsruck in der Politik wundern? Und kann ich von solchen Politiker*innen erwarten, dass sie im Fall einer Pandemie die richtigen und sinnvollsten Maßnahmen treffen?

Jenseits aller Metaphysik haben wir es hier und heute wegen des praxiswissenschaftlich fundierten „konkret-utopischen“ Zukunftsdenkens nicht nur mit einer Pandemie Covid 19, sondern auch mit einer ideologischen Pandemie ungeheuren Ausmaßes zu tun. Die Kernstaaten der Demokratie sind ab den 1960er Jahren des vorigen Jahrhunderts kulturmarxistisch angehaucht, wenn nicht gar unterwandert, viele Werte sind spürbar in der Auflösung begriffen. Wir erkennen: Die Grundpfeiler von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, die nur in einem modernen politischen System voll zur Anwendung kommen und sich vor allem in der Gewaltenteilung und damit auch in der Einklagbarkeit des Rechts für alle Bürger*innen beweisen müssen, sind seit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland noch nie so weit außer Kraft gesetzt worden wie in den letzten Jahren.

Es gab im Westen ab 1973 ein retardierendes Moment, nachdem hier Alexander Solschenizyns Werk „Der Archipel GULag“ erschienen und damit das KZ- Lagersystem in der kommunistischen Sowjetunion aufgedeckt worden war. Die Linken in Deutschland ließen sich von ihrer Anklage gegen ihre Elterngeneration, weil sie Hitler nicht verhindert hatten, kaum ablenken, während es in den romanischen Ländern, insbesondere in Frankreich, wo Intellektuelle und Künstler kommunistische Parteien als Mitglieder oder Sympathisanten unterstützt hatten, zu heftigen Diskussionen kam.

Einige wandten sich wie der Philosoph André Glucksmann ganz von der kommunistischen Utopie ab. Die ehemals starken kommunistischen Parteien Italiens, Frankreichs und Spaniens gingen geschwächt und desillusioniert aus diesem Streit um Solschenizyns Bücher heraus, die nun verstärkt auf den Markt kamen.

Der letzte Versuch, die kommunistische Ideologie nach der nun eingetretenen Distanz zum Sowjetmodell zu retten, kam dann als „Eurokommunismus“ daher und wurde in der DDR besonders von den Dissidenten Robert Havemann und Wolf Biermann vertreten. Beide waren im Westen Deutschlands sehr bekannt und spalteten die Linke, denn nach der Logik der Orthodoxen schürten jene, die die Sowjetunion oder die DDR zu offen kritisierten, vermehrt „antikommunistische Ressentiments“ und schwächten somit den Kampf der Fortschrittsgenossen gegen den westlichen „Imperialismus“.

Siegmar Faust, Berlin, 2020

Ein bleibendes virtuelles Zeugnis

Ute Lepke, die Berlin-Demo und unsere Proteste

Liebe Kameradinnen,
liebe Kameraden,

(FG) der Tod unserer Kameradin Ute Lepke (*Nachruf in letzter Fg – d. Red.)* gibt Anlass, noch einmal an die markanten Berlin-Demos unseres Verbandes und der Betroffenen, der Angehörigen und der Sympathisanten zu erinnern. Zum einen ging es um den Rentenbetrug an uns SED-Opfern, zum anderen war es eine Gelegenheit, dass wir noch einmal eindringlich auf uns und auf unsere Verdienste und unsere Nöte aufmerksam machen (Ute Lepke: „Wir sind laut …“)

Die damalige Demo, die beim VOS-Büro am Bahnhof Zoo begann, wurde von Dr. Wolfgang Mayer (+), Wolfgang Graetz und der VOS organisiert, wobei Hugo Diederich dafür sorgte, dass ein Lautsprecherwagen angemietet werden konnte! Danke.

Unser Kamerad Thomas Rudolph (Bodenseekreis) leistete mit der Kamera gute Arbeit und hielt die Aktionen (auch in Karlsruhe vor dem Bundesverfassungsgericht) für die Nachwelt fest. Auch ihm gebührt großer Dank. Nunmehr können wir Ute Lepke mit dem Mikrofon in der Hand neben dem Lautsprecherwagen marschierend nochmals erleben. Der Link kann kostenlos unter der Internetadresse https://vimeo.com/473543931 hochgeladen werden. Bitte macht hinreichend davon Gebrauch und gebt diese Information weiter.

Bleibt gesund
Euer Fritz Schaarschmidt

Moskau im Zeichen der Sowjets?

Man ehrt die Opfer (und schützt die Täter)

Im Jahr 2017 eröffnete der russische Präsident Wladimir Putin in Moskau das erste staatlich finanzierte Denkmal für die Opfer der politischen Repression in der Sowjetunion. In den Worten Putin soll die „Mauer der Trauer“ dazu dienen, dass *„wir und unsere Nachfolger niemals die Tragödie der Repression vergessen sowie die Gründe, die zu ihr geführt haben“*.

Die „Mauer der Trauer“ steht heute auch für die Verlogenheit der steigenden Repression und neuer politischer Gefangener. Dieses Denkmal ist keine Angelegenheit einer anderen Vergangenheit, auch wenn dieses Denkmal eine gewisse Anerkennung der Verbrechen der stalinistischen Repressionen ist.

Will man mit der „Mauer der Trauer“ einen Schlussstrich ziehen? Ob gut oder böse, nach dem Verständnis der Russen ist er wohl weder gut noch schlecht? Man ehrt die Opfer, aber gleichzeitig versucht man, die Täter nicht anzutasten und Stalin gar noch ins positive Licht zu rücken. Das System, das zu den Opfern und zu dem Terror geführt hat, wird nicht verurteilt! Stattdessen stehen noch viele Stalin-Denkmäler in Moskau, warten zudem Lenin- und Stalin-Imitatoren in historischen Verkleidungen am Roten Platz auf Touristen. Der Geschmacklosigkeit sind auch sonst keine Grenzen gesetzt.

Ehrlich wäre die russische Politik, wenn eine wirkliche Aufarbeitung der sowjetischen Verbrechen beginnen würde, so dass man das kommunistische Regime und Stalin juristisch verurteilt und dass endlich der Zugang zu den Archiven gewährt wird, denn in den letzten Jahren war die Tendenz eindeutig, die Archive unter verschiedenen Vorwänden wieder zu schließen. Sei es zum Schutz von Einzelpersonen oder Staatsgeheimnissen. Dadurch werden – natürlich – vor allem die Täter geschützt. Trotz der Widersprüchlichkeit zu diesem Denkmal, so ist es ein kleiner Erinnerungsbaustein und der Versuch die sowjetische politische Repression in der Sowjetunion aufzuarbeiten.

Aber auch in Deutschland hat das kommunistische Gespenst noch immer seine Tentakel nicht verloren. Auch hier wiegen sich die Täter sicher unter dem Schutz der Flügel der Linken und feiert man den Beton-Gott Karl Marx. Siehe Neubrandenburg wo es noch immer kein Mahnmal für die Opfer der SBZ- und DDR-Diktatur gibt.

André Rohloff (Textbeitrag und Foto)

Zusammenarbeit nicht möglich

Donald Trump hat in den USA die Wahl verloren. Wird es nun (für uns) etwas besser?

Was bedeutet uns die USA? Eigentlich muss man die Frage nicht stellen, denn egal ob man für das große Land Sympathien oder Antipathien hat, ist uns vor allem in den vergangenen vier Jahren klar geworden, dass wir auf die USA immer noch angewiesen sind. Dies ist eine Erkenntnis, die viel mit dem scheidenden Präsidenten Donald Trump zu tun hat. Und auch für ihn, für Trump, muss man konstatieren, dass er ungeachtet der Einstellung zu ihm für uns wichtig ist. Nicht umsonst haben nicht nur wir, sondern alle Länder der Erde mit großer Spannung auf den Ausgang der Wahl im November geschaut.

Bereits vor dieser Wahl stand fest, dass sich eine deutliche Mehrheit der Deutschen Trumps Abwahl gewünscht hat. Man hat ihn hier als Wüterich wahrgenommen, als Mann ohne erkennbare politische Linie, und nicht zuletzt hat er in Deutschland immer nur einen Gegner gesehen, der sich auf Kosten der USA einen hohen wirtschaftlichen Standard geschaffen hat und seine Bündnis-Verpflichtungen nicht einhält.

Um ehrlich zu sein, Trump hatte und hat nicht Unrecht. Deutschland hat sowohl bei den Rüstungsausgaben wie auch bei verschiedenen Exportvergünstigungen profitiert. Das hat man in Berlin und in den Bundesländern aber längst begriffen, und, wenn auch schwerfällig und gegen den notorischen Widerstand linker Gruppen, wächst die Bereitschaft zur Erfüllung der angemahnten Verpflichtungen. Gewiss hätte Donald Trump diese Einsicht auf andere, soll heißen freundliche oder zumindest gemäßigte Art bewirken können. Er, ein Mann mit deutschen Wurzeln, hätte hier offene Türen eingerannt, wäre er zum Schulterschluss bereit gewesen. Merkel und er hätten ein transatlantisches Bündnis schaffen können wie man es aus allen früheren Präsidentschaftszeiten kennt.

Doch es sollte nicht sein. Nicht nur was die deutsch-amerikanischen Beziehungen angeht, hagelte es jede Menge politisches Kleinholz, auch anderweitig stiftete Trump fast nur Verwirrung und sorgte er für Empörung, wobei das undurchsichtige Techtelmechtel mit dem Staatsoberhaupt Nordkoreas am unerträglichsten war. Bei allem, was er tat, galt offenbar nur ein Maßstab, und das war er selbst. Bis zuletzt, vermutlich noch nach Auslieferung dieser Freiheitsglocke, hielt und hält er die Welt in Atem, indem er offiziell bestätigte Wahlergebnisse nicht nur anzweifelt, sondern sie in der Öffentlichkeit als Betrug auslegt.

Wenn man nun die Frage stellt, was wird aus den USA?, muss man zugleich fragen, was wird aus Deutschland und was wird aus der EU, der Nato, was wird aus diesem Erdball? Dass Joe Biden der nächste Präsident ist und ins Weiße Haus einziehen wird, ist unbestritten. Man wird Donald Trump vorher vielleicht mit Polizeimitteln daraus entfernen müssen, was aber nicht heißt, er wird Ruhe geben. Die Spaltung der USA und die Verunsicherung bei den Verbündeten wird Biden, ein Mann von 78 Jahren auch noch, nur mit Mühe und Geduld beheben können. Und doch hoffen wir dass er es schafft, und wir glauben daran

God bless America (und uns als Verbündete).

Valerie Bosse

Düsseldorfer Mauersegment verlegen?

Einen attraktiven Standort für das Gedenken schaffen

Beim Zweiten Runden Tisch beim Beauftragten der NRW- Landesregierung für die Belange von deutschen Heimatvertriebenen, Aussiedlern und Spätaussiedlern Heiko Hendriks am 9. November 2020 in Düsseldorf, der diesmal als Video-Konferenz unter Beteiligung der VOS-Mitglieder von NRW durchgeführt wurde, ging es auch um die Umgestaltung, eventuell auch Umverlegung des Berliner Mauersegments (Foto vom 9. November 2019), das in der Nähe des NRW-Landtags seinen Platz hat und wo mittlerweile schon ein Gedenken an die Schicksale der Teilung und des kommunistischen Unrechts stattgefunden hat.

Vorgesehen ist, nach Aufhebung der Corona-Beschränkungen die angedachte Änderung als baldigst zu realisierendes Projekt mit dem neuen Düsseldorfer Oberbürgermeister Keller zu besprechen.

Für eine geplante Dokumentation zur Mauergeschichte bzw. zur Geschichte der Teilung Deutschlands ab dem 13. August 1961 würde durch die Initiatoren die Unterstützung des Instituts für Deutschlandforschung an der Ruhr-Universität Bochum angefordert werden, mit der die Zeitzeugen der VOS seit über einem Jahrzehnt intensive Verbindungen unterhält und erfolgreiche Arbeit leistet.

Felix Heinz Holtschke

Opfer bleiben hinter den Tätern zurück

Recht und Gerechtigkeit klaffen wieder weit auseinander

Nach einem kurzen historischen Zeitabschnitt werden die ehemaligen Verantwortlichen für tausendfaches Leid an ehemaligen politisch verfolgten DDR-Bürgern wieder aktiv.

Während die ehemaligen hauptamtlichen Staatssicherheitsmitarbeiter überall Schutz genießen, bleiben die Opfer ausgeliefert. Nach meiner Auffassung werden die DDR-Opferrechte in Deutschland nicht nach dem gültigen Grundgesetz angewandt.

Dass eine Opferklage vom Bundesverfassungsgericht nicht zur rechtsstaatlichen Überprüfung durch eine Verhandlung angenommen wird, ist außerdem ein Verstoß gegen die Menschenrechte und völlig unverständlich. So ist es nicht verwunderlich, wenn ehemalige Verantwortliche der DDR-Diktatur ihre Opfer verklagen und diese in eine Zwangslage bringen. 2020 ist das Jahr in dem etliche ihre Posten verlassen und fortan hohe Pensionen beziehen. Opfer, das ist seit langem kein Geheimnis mehr, sind finanziell bedeutend schlechter gestellt. Für mein noch nicht verhandeltes Verfahren musste ich bereits mit 9.000 € in Vorkasse gehen.

Bei einer Niederlage kommen weitere Kosten in vierstelliger Höhe auf mich zu. Das Ziel ist eindeutig. Nicht nur mein Buch "Mundtot", Underdog Verlag Hamburg soll vom Markt genommen werden. Nein, es soll auch eine finanzielle Notsituation meiner Familie entstehen.

Lothar Tiedtke von Koß

Kurz vor Vollendung seines 94. Lebensjahres verstarb in Dorfchemnitz (Sachsen) unser

Kamerad

Werner Stiehl

Mit ihm verliert die VOS einen zuverlässigen und beliebten Kameraden. Unser Mitgefühl gilt seiner lieben Frau Helga und der Familie.

Karl-Heinz Mantau
Bundesvorstand

Opferrente muss weiter Thema bleiben

Auch beir Corona- Einschränkungen nicht aufgeben

✉ Es hat lange gebraucht, eigentlich zu lange, um eine Erhöhung der Opferrente zu erreichen.

Zu erwähnen ist, dass diese Erhöhung auch nicht ganz unseren Vorstellungen entsprach. Und gewiss ist es nicht an der Zeit, über mehr Geld zu sprechen.

Vielleicht aber doch?!

Die Gründe:

Eine weitere Überprüfung der Opferrente nach erneut fünf Jahren scheint bzw. wäre keineswegs zeitgemäß. (Noch im vorigen Jahr ging man von völlig anderen Voraussetzungen aus). Nun jedoch hat sich die finanzielle Lage durch Covid 19 auch für unseren Personenkreis mit negativen Vorzeichen verändert. So ist ja beispielsweise eine geplante Nullrunde bei der nächsten Rentenbewertung in 2021 abzusehen, was auch mit unserer Opferrente korrespondieren dürfte.

Die Opferverbände, voran die VOS, sollten daher baldmöglich folgende Forderungen stellen:

1. Neue Überprüfung der Erhöhung bzw. Anpassung sollte nicht nach fünf, also nach zwei Jahren erfolgen. Das heißt, es wäre im nächsten Jahr fällig.
2. Die Verbände, namentlich die VOS, sollten aktuell, also ab sofort, auf eine Nachbesserung von monatlich 25 bis 50 Euro dringen.

Um es geradewegs auf den Punkt zu bringen: Der zweite Vorschlag wäre sicher der bessere, weil er am wenigsten kompliziert wäre. Davon abgesehen sollte man die gesamte Thematik mit Blick auf die Wahl des Deutschen Bundestags in 2021 (falls diese denn stattfindet – d. Red.) angehen. Danach dürfte zur Durchsetzung dieses Anliegens sehr schwere Zeiten anbrechen.

Und um es auch aus einer anderen, leider realistischen Perspektive zu kommentieren: Viele der eigentlich Berechtigten sind nun verstorben. Und fast jeden Tag kommen weiter dazu. Leider.

Karl-Heinz Genath (94 Jahre)

Eine Autorin mit höchstens halbem Wert?

Der DDR-Staatsautorin Anna Seghers zum 120. Geburtstag
Eine (teils dankbare) Betrachtung von Jörg Bernhard Bilke

Als ich im Sommersemester 1958 zum Studium der Literaturwissenschaft an die Freie Universität Berlin ging, war mir der Name der DDR-Schriftstellerin Anna Seghers (1900 bis 1983) völlig unbekannt. Im Deutschunterricht der Oberschule in Kirchheim/Teck hatten wir nichts von ihr gehört, und auch in den Vorlesungen an der Universität wurde ihr Name nicht erwähnt. Nur ein einziges Buch von ihr war von einem westdeutschen Verlag gedruckt worden: die bereits 1928 veröffentlichte Erzählung „Aufstand der Fischer von St. Barbara“ im Suhrkamp-Verlag in Frankfurt/Main.

Erst als ich im Sommersemnester 1958 mehrmals in den Ostsektor Berlins fuhr, um Bücher zu kaufen, entdeckte ich ihren 1942 im mexikanischen Exil erschienenen Roman „Das siebte Kreuz“ über die Flucht von sieben Häftlingen aus einem Konzentrationslager in Rheinhessen bei Worms. Ich kaufte das Buch, aber ich las es nicht. Es war damals verlockend, in Ostberliner Buchhandlungen einzukaufen, wenn man in Westberlin studierte. Man brauchte nur in der Wechselstube am S-Bahnhof Zoo 25.00 Westmark in 100.00 Ostmark umzutauschen, dafür konnte man in den Buchhandlungen in der Friedrichstraße oder am Alexanderplatz Paul Rillas zehnbändige Lessingausgabe aus dem Aufbau-Verlag erwerben, die 90.00 Ostmark kostete, also umgerechnet nur 22.50 Westmark, was für einen Studenten mit seinem schmalen Geldbeutel ein erheblicher Vorteil war.

Wir in Westberlin wohnenden Studenten (damals gab es den Gender-Begriff Studierende noch nicht – d. Red.) besuchten auch für billiges Geld die Ostberliner Theater und aßen in der Pause Lachsbrötchen an der Theke.

Bücher in Ostberlin für „illegal“ in Westberlin getauschtes Geld zu kaufen war nicht gefährlich, jedenfalls ist keiner von uns Bücherschmugglern jemals erwischt und bestraft worden. Gefährlich für uns war der Westberliner Zoll, der uns auf den U-Bahnstationen in West-Berlin auflauerte oder unsere Pakete, die wir mit schmutziger Wäsche nach Hause schickten, durchleuchtete. Da mussten wir Strafe zahlen.

Als ich im November 1960 mein Studium in Mainz fortsetzte, merkte ich rasch, dass Anna Seghers auch in ihrer Geburtsstadt eine unbekannte Autorin war. Weder bei den Germanisten im Deutschen Seminar noch in der Volkshochschule noch in der „Akademie der Wissenschaften und der Literatur“ wurde ihrer gedacht, obwohl sie nicht zuletzt in ihrem Widerstandsroman „Das siebte Kreuz“ (1942) als auch in ihrer in Mexiko geschriebenen Erzählung „Der Ausflug der toten Mädchen“ (1946) ihrer Heimatstadt ein literarisches Denkmal gesetzt hatte. Als in Berlin am 13. August 1961 die Mauer gebaut wurde, war sie auf Reisen in Südamerika und bekam von diesem Verbrechen, das ihr oberster Landesherr Walter Ulbricht in einer Sommernacht verübt hatte, nichts mit. Ich selbst wurde am 9. September 1961, als ich die Leipziger Buchmesse besuchte, auf dem Karl-Marx-Platz verhaftet und am 23. Januar 1962 wegen „Staatsgefährdender Hetze“ zu dreieinhalb Jahren Zuchthaus verurteilt. Ankläger war der Bezirksstaatsanwalt, der ein übler Bursche war und der einige Jahre später, wie man in Peter Sodanns Buch „Keine halben Sachen“ (2008) nachlesen kann, aller seiner Ämter enthoben wurde, weil sein Sohn „Republikflüchtig“ geworden war.

Peter Sodann saß im Untersuchungsgefängnis der Leipziger Staatssicherheit in der Beethovenstraße einige Wochen in meiner Nachbarzelle. Er war am selben Tag wie ich verhaftet worden, wurde aber schon vor 6.00 Uhr aus dem Bett geholt, weil man befürchtete, er wollte an diesem Samstag verreisen.

→ *nächste Seite oben*

Der eigene Schaden

Über Politik und Literatur

Wer in der DDR gelebt, vor allem dort zur Schule gegangen ist, der wird den Namen Anna Seghers bis an sein Lebensende nicht vergessen. „Das siebte Kreuz“ war unabdingbare Pflichtliteratur im Schulstoff, man kam nicht umhin, diesen Roman vollständig zu lesen und im mündlichen Unterricht auf Inhaltsfragen mit einer streng sozialistischen Interpretation aufzuwarten.

Sicherlich kann man dieses „Siebte Kreuz“ unter den politischen Bedingungen seiner Entstehung ganz anders sehen, als es später in der DDR ausgelegt und ideologisch missbraucht wurde. Man kann auch akzeptieren, dass die Autorin Seghers später nicht die Kraft hatte, sich gegen die Vereinnahmung dieses Werkes zu stemmen. Und doch kommt man nicht um die Feststellung umhin, dass sich Seghers in der DDR vereinnahmen ließ. Es war nicht nur die Rolle, die sie als Vorsitzende eines Verbandes, der das ausgewiesene Instrument der SED-Ideologen war, hat wählen lassen. Sie hat auch in dicken Romanen wie „Die Entscheidung“ oder „Das Vertrauen“ einen Stalinismus in hochprozentiger Auflösung nicht nur entschuldigt, sondern geradezu verherrlicht.

Will man ihr Werk und ihre Haltung bewerten, dann muss man auch immer die Bewertung ihrer mittleren bzw. späten Schaffensperiode einbeziehen. Mag sein, dass diese verzweifelt gewollte Literatur dem im Sozialismus üblichen Auftragswesen zuzuschreiben ist und Seghers eine Pflichtleistung erbrachte, hat sie sich doch damit enorm geschadet.

Im Gesamtbild der DDR findet sie ihre Fortsetzung in führenden Autoren wie Kant, Flegel oder Neutzsch, die auf sehr unterschiedlichem und sichtlich differenziertem Stil die DDR als den besseren Staat propagierten, dabei jedoch ihr Wesen, das in der Diktatur bestand, teils wissentlich bzw. mit Absicht negierten.

Letztlich teilt Seghers das Schicksal vieler Autorinnen und Autoren: Vergessen und nicht mehr gebraucht und bestenfalls hervorgekramt, um zu fragen: Darf sich die Literatur der Politik unterwerfen? Und: Worüber hat sie denn eigentlich geschrieben?

Tom Haltern

→ von voriger Seite

Da aber – das Gefängnis war überfüllt – keine Zelle frei war, fuhr man vier Stunden mit ihm durch Leipzig und um Leipzig herum.

Nach meiner Verurteilung wurde ich mit einer Gruppe Mitgefangener ins Zuchthaus Torgau an der Elbe gefahren, wo ich ein Vierteljahr blieb. Dort aber gab es 300 Nichtarbeiter, da die Staatssicherheit „im Klassenauftrag“ unentwegt „Staatsfeinde“ eingefangen hatte, für die es in den Gefängnissen keine Arbeit gab. Als ein Mitgefangener an seine Frau schrieb, er wäre immer noch „arbeitslos“, wurde er ins Wachtmeisterzimmer zitiert und ermahnt, im Sozialismus gäbe es keine Arbeitslosigkeit, er wäre nur noch nicht eingeteilt.

Nach einem Vierteljahr kam ich mit einer Gruppe Gefangener, die noch unter drei Jahren Reststrafe hatten, ins Haftarbeitslager Altenburg in die Braunkohle. Im Sommer war ich wieder in Leipzig und traf am 2. September 1962 im Zuchthaus Waldheim ein. Dort las ich im Herbst 1963 den Roman „Das siebte Kreuz“. Meine Mitgefangenen sahen nicht gern, dass ich dieses Buch las: Anna Seghers galt als literarische Exponentin des Regimes, das uns eingesperrt hatte!

Aber mir war der Roman deshalb wichtig, weil ich beim Lesen in die rheinhessische Landschaft um Mainz zurückkehren konnte, immerhin hatte ich als Student im Sommersemester 1961 im Dorf Budenheim rheinabwärts gewohnt.

Georg Heisler, der Held des Romans, floh im Herbst 1937 aus dem Konzentrationslager in Westhofen bei Worms Richtung Mainz und kam dabei durch die Rheindörfer Nackenheim, Nierstein, Oppenheim, die ich kannte. Zweimal auf seiner Flucht kam er nach Mainz, einmal übernachtete er im Mainzer Dom. Den letzten Abend vor der Flucht ins Ausland verbrachte er im Gartenrestaurant „Zum Engel“ in Mainz-Kostheim, das es noch gibt.

Ein Jahr nach der Haftentlassung, am 4. Oktober 1965, traf ich Anna Seghers in Mainz, die in der Stadtbücherei las. Der Raum war überfüllt, unter den Zuhörern saß auch Lore Wolf (1900 bis 1996) aus Frankfurt am Main, die im Pariser Exil 1940/41 das Manuskript des Romans „Das siebte Kreuz“ mit der Schreibmaschine abgeschrieben hatte. Nach der Lesung konnte man sich Bücher von der Autorin signieren lassen. Ich hatte die DDR-Ausgabe des Romans „Das siebte Kreuz“ aus dem Aufbau-Verlag mitgebracht, in die sie mir Namen und Datum schrieb. Meinen Namen nannte ich ihr nicht, verschwieg ihr auch, dass ich diesen Roman im Zuchthaus Waldheim gelesen hätte.

Im Jahr 1970 entschloss ich mich, über ihr Frühwerk 1926/32 meine Doktorarbeit zu schreiben.

Jahrzehnte später, ich war schon Rentner, wurde mir von der Gauck-Behörde in Berlin das Protokoll eines Gesprächs, das Anna Seghers am 4. Dezember 1962 (da saß ich schon ein Vierteljahr in Waldheim) in ihrer Wohnung in Berlin- Adlershof, Volkswohlstraße 81, mit drei MfS-Offizieren geführt hatte. Es ging ihr um meine Freilassung! Sie hatte auf den Dornburger Schlössern bei Weimar einige Tage zuvor den Leipziger Literaturprofessor Hans Mayer getroffen, den ich am 8. September 1961, einen Tag vor meiner Verhaftung, in seiner Wohnung besucht hatte. Er bat sie unter vier Augen, sich für mich einzusetzen, und sie rief, als sie wieder in Ostberlin war, den Schriftsteller Otto Gotsche (1904 bis 1985) an, der zugleich Sekretär des Staatsrats war, und bat um ein Gespräch mit der Staatssicherheit. Den Offizieren erzählte sie, sie würde bei Lesungen in Westdeutschland immer nach meinem Schicksal gefragt und könne nichts darauf antworten. Als sie meine „fortschrittliche Einstellung“ lobte, müssen die drei Geheimen schallend gelacht haben, denn für sie war ich ein „Reaktionär“.

Am 5. Februar 1964 wurde ich in Waldheim zwei höheren Offizieren der *Volkspolizei* zugeführt, die aus Ostberlin angereist waren, um den Stand meiner Umerziehung zu erkunden. Ich nehme an, das war die Resonanz auf die Eingabe von Anna Seghers. Als ich den beiden Offizieren gegenüber die hygienischen Zustände in Waldheim beklagte, meinten sie, daran etwas zu ändern, lohnte nicht, bis 1970 wären alle DDR-Bürger „umerzogen“, dann bräuchte man keine Zuchthäuser mehr. *Jörg B. Bilke*

VOS gratuliert

Stefan Krikowski erhält Auszeichnung für wichtige Arbeit

Eine besondere Ehre erfuhr der Vorsitzende und Koordinator der Lagergemeinschaft Workuta / GULag Sowjetunion, Stefan Krikowski am 11. November 2020, als ihm der Protokollchef des Landes Berlin, Dr. Andreas Zimmer, im Auftrag des Bundespräsidenten die Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland im Roten Rathaus verlieh. Die Auszeichnung erfolgte wegen der besonderen Verdienste um die Aufarbeitung des Unrechts, das in der Region Workuta und in anderen Lagerbereichen mit unmenschlicher Härte an vielen unschuldigen Menschen begangen wurde, sowie für die Betreuung und Unterstützung der noch lebenden Betroffenen, die aufgrund ihres hohen Alters gerade unter den aktuellen Bedingungen der Pandemie-Auswirkungen eingeschränkt sind. Zu seinen selbst gestellten Aufgaben gehört zudem die Dokumentierung von Schicksalen und deren Hintergründen. Immer noch, nach diesen vielen Jahrzehnten, ist vieles unbekannt oder unklar, wodurch gerade diese Arbeit an großer Bedeutung gewonnen hat.

Stefan Krikowski ist insofern persönlich von dem Unrecht betroffen, als sein Vater zu den Workuta-Opfern zählt. Er bemüht sich, das Thema in Form von geschichtlichen Darstellungen an Schulen für Jugendliche aufzubereiten und aktualisiert die Web-Seite des Verbandes durch zahlreiche Beiträge,

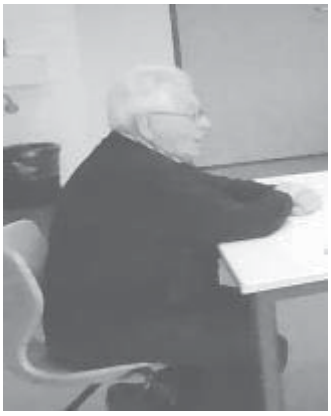
Eine stilistische Ohrfeige verpasste der Geehrte dem Berliner Kultursenator Dr. Klaus Lederer, Partei Die Linke, der als Beauftragter des Bundespräsidenten die Auszeichnung vornehmen sollte. Dagegen verwahrte sich Stefan Krikowski höflich und doch bestimmt. Warum er das tat, muss in den Kreisen der SED-Opfer nicht diskutiert oder erklärt werden. Wer es dennoch nicht wissen sollte, dem stehen die früheren Fg-Ausgaben zur Information zur Verfügung. Angemerkt sei: Die Absage an Herrn Dr. Lederer ist ein Grund, dass die VOS für die Auszeichnung besonders herzlich granuliert. *Hugo Diederich*

Bedarf und Entschlossenheit sind weiterhin vorhanden

Zeitzeugen der VOS sind auch unter den Pandemie- Bedingungen erfreulich aktiv

Erfreulicherweise konnte die Pandemie mit ihren meist notwendigen Einschränkungen nicht verhindern, dass die Tätigkeit der Zeitzeugen in einigen Bundesländern zum Stillstand gekommen ist. Da sich die Schulen inzwischen auf den Betrieb unter den neuen Bedingungen eingestellt haben (HNO-Maskenpflicht, Einhaltung der Abstandsgebote, regelmäßiges Lüften) waren Veranstaltungen mit Präsenzcharakter möglich.

Für die Zeitzeugen selbst, meist im fortgeschrittenen Alter, waren die geänderten Bedingungen natürlich auch ungewohnt, dennoch konnten sie ihre gewohnten Pensen erfüllen und fanden bei den Schülerinnen und Schülern großen Anklang.



Hervorzuheben ist der Einsatz unseres Kameraden Wolfgang Lehmann (kleines Foto), der, nicht weit vom 92. Geburtstag entfernt, im hessischen Rimbach nicht zum ersten Mal vor einem Leistungskurs (Foto unten) der Oberstufe am Martin-Luther-Gymnasium über das nunmehr sieben Jahrzehnte zurückliegende Zeitgeschehen und sein persönliches Erleben berichten konnte. Hierzu schreibt er rückblickend: „Wie man sieht, bin ich trotz der Corona-Einschränkungen weiterhin im Einsatz; Martin-Luther-Gymnasium in Rimbach am 21.10. 2020.“ Vom kommissarischen Studienleiter der Schule wurde diese Aussage bestätigt.

Eine zunehmende Nachfrage nach Zeitzeugen- Veranstaltungen war und ist vor allem in NRW zu verzeichnen. Hier wird inzwischen per Bildschirm über das System ZOOM Wissen vermittelt, zum anderen wurden auch Zeitzeugen von Leistungskursen zu Präsenz-Veranstaltungen eingeladen. So kamen die VOSler Sigrid Richter, Michael Schwerk und Jürgen Krahn an verschiedenen Schulen zum Einsatz. Und noch im November erhielt Fg-Chefredakteur Richter-Kariger eine Einladung zum renommierten Neuen Gymnasium in Bochum. Möglich wurde dies durch die Betreuung von Frank Hoffmann von der Uni Bochum. *H. Diederich*

„Querdenken“, heißt das, „einfach gegen alles sein“?

Über Corona-Angst, Straßen-Demos und die Absicht, den Staat zu stürzen

Wie lange wird uns Covid 19 in Atem halten? Noch zwei Jahre? Oder fünf? Man kann es nicht beantworten. Es wird zumindest länger dauern, als es uns in derzeitigen Tröstungen mitgeteilt wird. Das ist das eine, das andere ist, es ist für uns alle eine schwere Zeit. Ob wir das gern tun oder nicht, wir müssen zurückstecken und auf Lösungen warten. Leider ist beides schwer: zurückstecken sicherlich noch mehr als warten. Unsere Gesellschaft hat uns in den letzten Jahren so erzogen, dass fast alles möglich ist, was wir wollen. Konsum und Meinungsfreiheit waren kaum Grenzen gesetzt. Auch Gewalttaten waren zu milden oder gar keinen Strafen erlaubt. Man konnte Polizisten beschimpfen oder ihnen ungebremst mit dem Fuß in den Körper treten und sich später solcher Taten rühmen. Es waren meist nur ein paar hundert Maskierte und Vermummte, die sich zu derlei hassvollen Akten hinreißen ließen.

Nun sind allwöchentlich oder noch öfter Tausende auf den Straßen. Leipzig, Berlin und andere Städte sind es, wo sie sich zusammenfinden und sich selbst als „Querdenker“ und „Widerständler“ feiern. Man muss fragen: Wozu? Was passiert ihnen denn im Vergleich zum Leben von vor einem Jahr wirklich Schlimmes? Werden sie durch Gewalt bedroht oder entzieht man ihnen die Milka-Schokolade und die Coca Cola?

Es ist nichts von dem. Es wird lediglich verlangt, dass sie sich an Vorschriften halten, die dem Schutz der großen Mehrheit unserer Bevölkerung dienen. Das heißt, Kinos, Dicos oder Fußballspiele sind vorerst, vielleicht sogar über Jahre gesperrt. Dass Leute dieser Art ins Theater oder ins Museum gehen, sollte man nicht annehmen. Also leiden sie unter der Schließung dieser Instanzen schon mal nicht.

Was bewegt sie dann? Sind sie vielleicht wirklich in den letzten Jahren von der Gesellschaft zu gut und zu lasch behandelt worden? Sind unsere Vollzugsanstalten und Gerichte nicht ausreichend ausgelastet gewesen, dass die Menschen nun keine Disziplin, kein Verantwortungsbewusstsein und keinen Gedanken mehr auf Rücksichtnahme gegen andere haben müssen?

Was heißt Diktatur? Wer hat die DDR mit erlebt, wer vielleicht noch die NS-Zeit, dass er sich anmaßen kann, unsere heutige Staatsform auch nur annähernd damit zu vergleichen? Warum muss man denen, die eine Herausforderung, die es in den letzten einhundert Jahren nicht gab, im Sinne aller zu bewältigen suchen, gewaltsam Knüppel zwischen die Beine werfen? Und dann: Soll man nicht vielmehr die Opfer gerade der letzten Diktatur zu Wort kommen lassen, damit das absurde Gerede von Verschwörungstheorien und geheimen Weltmächten aufhört?

Man kann angesichts dieser Provokationen, genannt Demonstrationen, nur Fragen stellen, weil es keine plausiblen Antworten gibt. Oder lautet die Antwort: Wenn man den Menschen zu viel Demokratie gibt, wird es Zeit, dass sie wieder eine Diktatur bekommen. Leider trifft es dann auch diejenigen, die ihre Demokratie zu schätzen wissen. *Igor Gerd Lesnikow*

VOS-Landesgruppe Hessen/ Rheinland-Pfalz trauert um E. Göhl

Ein persönlicher Nachruf

Ende Oktober / Anfang November erreichte uns die traurige Nachricht, dass unser Mitglied Ehrhard Göhl am 17. Oktober 2020 nach langer, schwerer Krankheit verstorben ist. Unser tiefes Mitgefühl und unsere innige Anteilnahme gilt Ehrhards Witwe Eva Göhl, die ihm weit über 60 Jahre treu und zuverlässig zur Seite stand, sowie Ehrhards Sohn Tamás und dessen Partnerin Ines Benter.

Ehrhard Göhl war einer der ganz großen Kämpfer gegen das kommunistische Unrechtsregime der SED/DDR, er hat mit seinem unermüdlichen Einsatz in der IGFM, in der Organisation Hilferufe von Drüben und nicht zuletzt in der VOS vielen politischen Häftlingen der SED-Herrschaft den Weg in die Freiheit mit geebnet. Er hat in der ganzen Welt klar und unmissverständlich auf die gravierenden Menschenrechtsverletzungen der SED-Herrschaft hingewiesen und damit in vielen Ländern für Aufsehen und Nachdenken gesorgt. Für die Machthaber in Ostberlin war er ein rotes Tuch und wurde dort in der Liste der „gefährlichsten Verbrecher gegen die DDR“ an oberster Stelle geführt.

Unsere Landesgruppe verliert einen kompetenten und geradlinigen Mitstreiter unserer Sache, und wir werden ihn tief in unserer Erinnerung behalten.

Im Auftrag des Vorstandes der Landesgruppe Hessen/ Rheinland Pfalz
Gerd Franke

Das Zitat:

Je fester man davon überzeugt ist, im Recht zu sein, desto natürlicher ist der Wunsch, jeden anderen mit allen Mitteln dahin zu bringen, ebenso zu denken.

George Orwell
Schriftsteller

Hier bleibt anzumerken, dass ein solcher Wunsch legitim sein mag, solange die Mittel nicht mit Gewalt, Grenzüberschreitungen und der Verletzung von Persönlichkeitsrechten einhergehen.

Gerd Igor Lesnikow

Die Kürzung war von Anfang an so beschlossen und gewollt

Infos über den Kampfes gegen das Rentenunrecht gegen DDR-Altübersiedler

Für alle, die sich über den Stand des Kampfes gegen das Unrecht im RÜG gegen die DDR- Altübersiedler informieren möchten, steht jetzt der aktualisierte Link zur Internetseite des IEDF bereit. Wiewohl viele Interessierte unter www.iedf.de bzw. www. flucht-und-ausreise.info bereits regelmäßig Kenntnis zum jeweiligen Sachstand genommen haben (und auch die Fg mehrfach berichtete), finden sich hier nochmals wesentliche Informationen.

So ist auf der Startseite ein Link unter der Bezeichnung „Vorläufige Zwischenbilanz“ zu finden, in dem man über die vielfachen, leider vergeblichen Bemühungen der IEDF um Kommunikation mit der CDU/CSU-Fraktion nachlesen kann, woran sich bis heute bekanntlich wenig geändert hat.

Weiter gibt es die Links: "Monolog mit der Bundeskanzlerin" (Teil 1 und Teil 2) und "Die SPD im Wandel der Legislaturperioden".

Zusammenfassend wird klar: Sowohl die Bundesregierung als auch die ihr nahe stehenden Fraktionen haben zeitig dafür gesorgt, dass wir offensichtlich eine Scheindebatte führen und man uns vielleicht gar nicht wahrnehmen möchte. Wer es also noch nicht begriffen hat, dem wird freilich klar, dass es von vorn herein vereinbart war, eine politische Entscheidung gegen die DDR- Altübersiedler zu treffen und im gleichen Zuge die (sicherlich stark belastete) Rentenkasse zu entlasten. Die Betroffenen wurden vorsichtshalber bei der Entscheidungsfindung nicht einbezogen, sondern man ließ besser erst einmal Unkenntnis. Übrigens sind die hier sich widersetzenden Benachteiligten nicht die einzigen Opfer. Auch bei anderen Gruppen von Anspruchsberechtigten wurden kurzerhand und ziemlich frech die Bezüge gedeckelt. Insofern wäre es nicht die schlechteste Idee, sich mit diesen zusammenzuschließen.

IEDF / FHH / Fg

Schaut die Welt inzwischen nicht mehr hin?

Die Aussicht auf Demokratie für Hongkong schrumpft

Die globalen Themen in Politik und Medien sind weniger geworden. Sie heißen Corona, Trump und Erderwärmung. Es geht um Impfstoffe, um das Verhältnis zwischen der EU und den USA und um alternative Energiequellen. Nur ab und an wird auch über den sogenannte Brexit geredet, über den man sich vormals so sehr ereifert hat. Dass wir uns vor einem Jahr noch heftig über die massiven Einschränkungen der Menschenrechte in China große Sorgen gemacht haben, ist offenbar vergessen. Die Bürgerrechtler aus Hongkong hatten eigens ihre Vertreter zum Mauerlauf nach Berlin geschickt. Deutschland, die EU haben nicht reagiert. Und doch: Die Welt fürchtet China als Wirtschaftsmacht, aber sie tut nichts. Dabei hat es lange kein politisches System gegeben, das nach innen so verlogen und brutal war und nach außen so unverblümt seine expansiven Absichten kundtat.

Fakt ist, China lacht über den Rest der Welt. Es erlaubt sich, gegen die Verträge, die Hongkong als freie Stadt existieren lassen sollten, zu verstoßen, es schützt mit Nordkorea eine noch schlimmere Diktatur als es selbst ist und es spielt die westlichen Länder an die Wand, indem sie die großen Unternehmen ins eigene Land holt, damit sie dort ihre Niederlassungen gründen und allmählich teil des staatskapitalistischen Wirtschaftsgeflechts werden. Nebenbei, was nun kaum noch erwähnt wird, stößt es immer wieder Drohungen gegen die Insel Taiwan aus. Angeblich ist Taiwan eine Provinz der Volksrepublik.

Mit seinem „Sicherheitsgesetz“ hat China einen klaren Verstoß gegen geltendes Recht begangen. Es schnürt den Widerstand ein und stülpt dem einstigen Stadtstaat die Zwänge seiner Diktatur über. Damit wird die Luft für die Bürgerrechtler dünn, die Gefängnisse werden sich füllen, sofern sie nicht schon gefüllt sind. Und die Welt, die mit Corona und Trump beschäftigt ist, schaut offenbar nicht mal mehr hin. *H. Diederich*

Zwei Bücher – drei Frauenschicksale und die Suche nach Freiheit

Über den Kampf um die Ausreise aus der DDR und ein eigenverantwortliches Leben

Die DDR ist verschwunden, aber es gibt sie noch – so kommt es einem vor, wenn man auf jene Schicksale blickt, die sich mit den Zwängen und der Unfreiheit in der Diktatur verbinden. Es sind die Lebenden und auch die inzwischen Verstorbenen, die für diese Erkenntnis stehen. Und es ist wichtig, daran zu erinnern, um erstens den untergegangenen Unrechtsstaat nicht in ein falsches, nämliches verharmlosendes oder verherrlichendes Licht zu rücken und um zweitens diesen Opfern und ihren Schicksalen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Gerechtigkeit heißt zunächst Wahrheit. Und Wahrheit heißt wiederum Akzeptanz, und das wiederum bedeutet, diesen Schicksalen Raum zu lassen, sie in der Öffentlichkeit ausbreiten zu dürfen. Oft ist das schmerzhaft und erschütternd, und fast immer geschieht es mit unterschiedlichen, mit individuellen Mitteln.

Unser Verband VOS bietet gemeinsam mit der Stiftung zur Aufarbeitung des SED-Unrechts in den Alten Bundesländern, vornehmlich in NRW, ehemaligen politischen Häftlingen die Möglichkeit, sich an weiterführenden Schulen vorzustellen und über ihre Erlebnisse und Erfahrungen im SED-Staat zu berichten. Es ist eine Gruppe von Zeitzeugen, die von der Universität Bochum und dem dort angesiedelten Institut für Deutschlandforschung betreut und geführt wird. Zu dieser Gruppe gehört die Autorin Marie-Luise Knopp, die schon mehrere Bücher veröffentlicht hat und vielfach Lesungen hält. Sie hat das bis vor kurzem bezogen auf ihr eigenes Schicksal getan. Ihr Buch von den „Eingesperrten Gefühlen“ hat dabei viele Leserinnen und Leser erreicht und teils tief berührt, darunter, was nicht selbstverständlich ist, auch Betroffene. Die Schilderung ihres Lebensweges bis hin zur Haft, dann die bösen Erlebnisse im Frauenzuchthaus Hoheneck sind sehr persönliche Zeitzeugnisse, die einen tiefen Eindruck über den ungerechten Umgang von Menschen mit Menschen bewirken und die immer zu der Frage der Verantwortlichkeit und zur Schuld führen.

Dieses erste Buch von Marie-Luise Knopp hat noch etwas anderes bewirkt: Die Autorin berichtet von einer großen Freundschaft, die sie in der Haft geknüpft hat. Es ist Kristel, die sie in den schwersten Stunden kennenlernt, für die diese Haft ebenso schwer erträglich wird wie für sie selbst und die letztlich nichts anderes versucht hat, als der DDR zu entrinnen, um später ein Leben in Freiheit zu führen. Beide Frauen klammern sich in dieser großen Not aneinander wie Schiffbrüchige an eine Rettungsinsel.

die DDR.
die Haft.
unsere Bücher

Sie werden durch Schwur und schriftliches Versprechen für ein Leben aneinander gekettet und halten an diesem Bündnis gerade dann fest, als sie sich trennen müssen. Denn diese Trennung kommt unweigerlich, zumal man in der Haft, falls man unter die Freikaufregelung fiel, keinen Einfluss auf eine vorzeitige Entlassung bzw. den ersehnten Transport in Richtung Aufnahmelager Gießen hatte.

Wer Knopps erstes Buch gelesen hat, weiß von Marie-Luises Entlassung bzw. Abschiebung, die zeitlich vor der von Kristel liegt. Damit verlässt auch die Handlung in diesem Buch den gemeinsamen Erzählstrang. Marie-Luise kommt in die Bundesrepublik, Kristel bleibt zurück, ihr weiteres Schicksal ist – zumindest im Einzelnen – unklar. Zwangsläufig fragt man sich, was ist aus ihr geworden?

In diesem ersten Buch ist kein Raum für die Beschreibung von Kristels Lebensweg. Es hätte ganz sicher zu weit geführt und auch die Lesenden überfordert. Dennoch hat die Autorin das Anliegen aufgegriffen und innerhalb kurzer Zeit die Veröffentlichung des Lebensweges ihrer Freundin in diesem fortsetzenden Buch „Freundschaft trotzt Mauern“ geschafft. Das ist eine beachtliche Leistung, und ihr und dem Leser kommt dabei zugute, dass Kristel – sie ist leider mittlerweile verstorben – ihren Lebensbericht seinerzeit niedergeschrieben hat. Aus diesem aufbereiteten Bericht erfahren wir nun viel, er ist einer der beiden wesentlichen Handlungsstränge des Buches. Er gibt Aufschluss über Kristels Leben in der DDR, ihre aufreibende Zeit als Geschichtslehrerin und die zunehmende Qual, jungen Menschen falsche politische Werte vermitteln zu müssen.

Packend (und für den Leser eigentlich schwer erträglich) ist die Schilderung des Fluchtversuches. Es würde zu weit führen und die Spannung nehmen, dies hier im Detail auszubreiten. Gesagt sei immerhin, dass auch Kristels Weg aus der Haft in die Bundesrepublik führte und beide Freundinnen endlich zusammenbrachte.

Dieses erste Buch von den „Eingesperrten Gefühlen“ hat zudem zu einem weiteren Impuls geführt, und auch dieser mündet in das neue Buch „Freundschaft trotzt Mauern“. Es geht um Brit, die zweite Erzählerin, die sich nach der Lektüre der „Eingesperrten Gefühle“ so tief bewegt fühlte, dass sie zu der Autorin Kontakt aufnahm und zwischen beiden eine enge Freundschaft entstand.

Das Schicksal von Brit ähnelt dem der beiden anderen Frauen, und es ist auch dem vieler (nicht nur Frauen) Flüchtlinge nicht unähnlich. Sicher ist bei Brit die Ausgangsposition extrem. Sie entstammt einem betonharten kommunistischen Elternhaus und gerät früh in eine oppositionelle Haltung, wobei der Gedanke der Ausreise sehr spät in ihr aufkommt. Dann jedoch, als aus diesem Gedanken der Entschluss geworden ist, beginnt sie ihn Schritt für Schritt umzusetzen und lässt sich weder durch Erniedrigungen noch durch Hindernisse beirren. Sie will dieses Dasein in der DDR abschütteln, und sie kämpft, bis sie dann vor einem Vernehmer der Stasi sitzt.

→ *nächste Seite oben*

→ von voriger Seite

Brit bleibt mehr als ein Jahr in der Haft. Dass sie mitunter an den Rand ihrer Kräfte gerät, hat mit den zwei Kindern zu tun, die kurz vor dem Schuleintritt stehen und durch die sie erpressbar ist. Nach ihrer (für sie selbst) überraschenden Inhaftierung verliert sie den Kontakt. Erst nach und nach erfährt sie, dass die Kinder getrennt bei der Schwester und den Eltern untergebracht wurden.

Man kann (und soll) in einer Buchvorstellung nicht den kompletten Inhalt wiedergeben. Gesagt sei allerdings, dass Brit Mitte der 1980er Jahre mit den Kindern ausreisen darf und sie es auch im Westen nicht leicht hat. Verwaltung und Bürokratie sind das eine, das andere ist das soziale Umfeld, das sich von dem in der DDR wesentlich unterscheidet. Einsamkeit und das hohe Maß an Eigenverantwortlichkeit sind Faktoren, die vielen ehemaligen politischen Häftlingen zu schaffen gemacht haben. Aber Brit erweist sich auch jetzt als starke Persönlichkeit. Sie beißt sich durch, schafft ein Studium und wird Rechtsanwältin, erlangt ein gutes Auskommen, das durchaus auch mit Wohlstand zu tun hat. Und doch fühlt sie sich nicht angekommen. Nach mehreren Auslandsaufenthalten und einem Probe-Job in Australien entscheidet sie sich tatsächlich für ein dauerhaftes Leben in „Down under“ und erwirbt – alle Achtung! – die australische Staatsbürgerschaft.

Dass sie dort ihr Glück findet, versöhnt auch uns Leser mit den Härten ihres Schicksals. Und es schafft einen guten Abschluss für dieses (zweite) Haft-Buch. Man darf nunmehr gespannt sein, ob Marie-Luise Knopp weitere Freundschaften knüpft und dabei Schicksale sammeln und somit erneut zur Aufarbeitung von Diktatur und Unfreiheit, von Übersiedlung und Integration beitragen wird. *A. Richter-Kariger*

Marie-Luise Knopp**: Freundschaft trotzt Mauern.** Überleben in und nach Hoheneck. 320 Seiten. **Eingesperrte Gefühle bahnen sich ihren Weg.** 214 Seiten. Geest Verlag, Vechta, 12,50 Euro.

Ein „großer Denker“ wird geehrt

Hat Friedrich Engels zum 200. Geburtstag den Rummel verdient, der um ihn gemacht wird?

Am 28. November jährt sich der Geburtstag des Wuppertal-Barmener Unternehmersohnes Friedrich Engels zum 200. Mal. Die Welt – ein Teil von ihr jedenfalls – bejubelt diesen Tag. Engels‘ Schriften füllen gemeinsam mit denen von Karl Marx fast 50 dicke blaue Bände. Welcher Romancier hat ein solches Quantum (in Kilogramm und Metern) vorzuweisen? Was den Inhalt angeht, ließe es sich da massenweise abspecken. Da sind jene Briefe mit einem solch extrem antisemitischen Inhalt, den sich heute kein geheimes Polizei-Netzwerk ausdenken könnte. Da ist aber auch die Betrachtung von Karl Marx zu Bruno Bauers „Judenfrage“ –ein Frühwerk und der eigentliche Schlüssel zum späteren Gesamtwerk der beiden proletarierfreundlichen „Denker“. Und da ist natürlich das „Manifest der kommunistischen Partei“, bei seinem Erscheinen kaum beachtet, später zur schmalen Bibel der linksrevolutionären Kräfte himmelhoch erhoben. Auch dieses Werk, das sich zunächst gut und mitreißend liest, ist nicht mehr zeitgemäß. Die Arbeiterklasse, um die es geht, ist heute keine gesellschaftliche bedeutende Kraft mehr. Der „doppelt freie“ Lohnarbeiter von einst steht heute gut situiert in der geheizten, keimfreien Werkhalle, er hat saubere Finger und aus Lärmschutzgründen eine Ohrenhaube. Seine Gewerkschaft streitet für die 30-Stunden-Woche, um einen jährlichen Lohnzuwachs von 6 bis 8 Prozent und für ein dickes finanzielles Polster, sollte er betriebsbedingt zeitiger in Rente müssen. Er ist der Aristokrat unter den Beschäftigten, auf den mittlerweile sogar Beamte und Landwirte voller Neid schauen. Zurückgeblieben ist dagegen der „Pauper“, der nach MEW-Interpretation den heutigen „sozial Schwachen“ zuzurechnen ist. Für ihn – wie auch den deutschen Mittelständler, den „Spießbürger“ – hatten die Erfinder des Manifests rein gar nichts übrig. Charakterschwach und käuflich, das wäre sein Level.

Dass wir unseren heutigen Lebensstandard erreicht haben, hat gewiss mit den beiden deutschen Köpfen zu tun, und nicht zuletzt muss man auch auf das dreibändige „Das Kapital“ verweisen, dem man trotz seiner schweren Verstehbarkeit die Größe und die Ausstrahlung nicht absprechen kann. Aus der damaligen Sicht ist dieses riesige Werk der „großen Denker“ durchaus als treffende Analyse der wirtschaftlichen und sozialen Situation der Gesellschaft einzustufen. Doch man sollte es nun besser dort hintun, wo es hingehört, in eine Bibliothek mit ganz, ganz hohen Regalen. Wir würden ehrfurchtsvoll desinteressiert empor (!) schauen und raunen: „Welch eine bewundernswerte, sinnlose Arbeit“.

Die Geschichte der Menschheit hat es indessen anders gewollt. Sie brachte Lenin, Stalin und Mao in Stellung. Ebenso steht die Frage vor uns: Hätte es ohne Marx, Engels und Lenin einen Hitler geben können?

Eines freilich steht fest, und daran wird sich nichts ändern, solange wir eine demokratische Gesellschaft haben: Immer werden wir heftig kontrovers über die „großen Denker“ diskutieren, denn Marx und Engels sind ein Stück unserer Geschichte und sogar Kultur geworden, wir können sie nicht loswerden. *B. Thonn*

Der steinerne Gott. Innen hohl?

Der vergebliche Protest der VOS gegen die blinde Anbetung des Erz-Götzen Karl Marx

In Deutschland feierte man schon vor zwei Jahren den 200. Geburtstag von Karl Marx. In Trier wurde eine von der chinesischen kommunistischen Partei geschenkte Statue feierlich aufgestellt, und die Stadt versuchte das ansonsten einfältig wirkende „Ampelmännchen“ in ein noch einfältigeres „Marx- Männchen“ umzuwandeln.

Wir als VOS protestierten, wie wir uns auch gegen ähnliche Pläne der Bundesbahn und die allgemeine Marx-Ehrung im ganzen Land wandten und ebenso wenig mit dem von den chinesischen Diktatoren ausgelösten Kult um Friedrich Engels in Wuppertal einverstanden sind.

Doch das blieb und bleibt ohne ausreichende Wirkung und Erfolg.

Schließlich liege es ja nicht an Karl Marx, dass es infolge des angeblichen Missbrauchs seiner Theorien so viele Opfer gab (und immer noch gibt – siehe Nordkorea, siehe Hongkong). Die Ideologie der kommunistischen Staaten fußte und fußt auf den Theorien, die Marx der Welt bescherte.

Aus dem Tagebuch der kritischen Gedanken

Umso wichtiger ist es, dass sich nun auch die Jüdische Rundschau gegen den heuchlerischen Marx-Kult in Deutschland wandte. So wird hier der zunehmende Rassismus und Antisemitismus in der letzten Zeit in Deutschland beklagt und in diesem Zusammenhang auf die primitiven Äußerungen von Marx in seinem Briefwechsel mit dem Gönner Friedrich Engels beklagt. Hervorstechend die niederträchtigen Bemerkungen über Lassalle. (Die Zitate wurden bereits in der Freiheitsglocke veröffentlicht). Im Berliner Stadtbild ist der Namen Karl Marx immer noch präsent. Dies gilt für Straßen wie auch für den U-Bahnhof Karl-Marx-Straße im Bezirk Neukölln.

Muss das sein? Auch wenn bestimmte Politiker und Schauspieler die rassistischen Äußerungen auf CD-Format hämisch nachsprechen. Das alles ist genau wie die Denkweise von Marx: einfach abscheulich.

Hugo Diederich / Igor Gerd Lesnikow

Der Zorn ist „verroocht“, die Genugtuung bleibt

Der Freiheitssong des Liedermachers Rainer Schottlaender bleibt ein Klassiker

An der Schwelle des 60. Jahrestages des Mauerfalls ruft die Freiheitsglocke gemeinsam mit dem Liedermacher Rainer Schottlaender das große Gefühl zurück, das die Menschen 28 Jahre später empfanden. Rainer „Schotti“ Schottländer brachte das Musikstück bereits 1990 mit Darrell Harvey in San Diego / CA / USA heraus. Der Song hat bis heute nichts von seiner Botschaft und Aktualität verloren.

Schotti:
Ick kann jetzt wieder S-Bahn fahrn …
janz frei durch janz Berlin
Man kommt jetz mitm Autobus …
vom Zoo nach Neuruppin
Du musst jetz nich mehr Schlange stehn …
für ne Autotür
Ick loof durchs Brandenburjer Tor …
gleich bin ick bei Dir

Alle: Berlin – Berlin – Berlin – Be-her-lin

Schotti:
Die Mauer is umjefalln …
die Stücke sind vakooft
Vorbei ists mit der Tyrannei …
der Zorn is bald verroocht
Ick atme wieder freie Luft …
die Stadt jehört jezz mir
Ick loof durchs Brandenburjer Tor …
gleich bin ick bei Dir

Alle mit Schwung: Berlin – Berlin– Beher-lin

Schotti:
Und wenn ick in die Zukunft schau …
fürchte ick mir nich
Die Uhren wurden umjestellt …
die Zeiten ändern sich
Mich werden meine Enkel fragen: …
„Opa standst Du hier ?”
Vor dem Brandenburger Tor …
Damals nachts um vier …

Alle mit Schwung: Berlin – Berlin- Berlin

Titel Nr. 9 auf CD SCHOTTI EINS. Infos unter:
http://www.schottie.de/?p=10146

Wir trauern um

Günter Schünemann	**Bezirksgruppe Bernburg**
Mario Hackenberger	**Bezirksgruppe Karlsruhe**
Christian Uhlemann	**Bezirksgruppe Chemnitz**
Ehrhard Göhl	**Bezirksgruppe Hessen- Rheinland/Pfalz**
Bernd Wolf	**Bezirksgruppe Leipzig**
Gerald Wöhner	**Bezirksgruppe Erfurt**
Werner Stiehl	**Bezirksgruppe Freiberg**
Dr. Wolfgang Großklaus	**Bezirksgruppe München**

Die VOS wird ihnen ein ehrendes Gedenken bewahren

Politische Haft in der DDR und Folgeschäden

Charité Berlin sucht für wissenschaftliche Studie ehemalige Inhaftierte

Sehr geehrte Damen und Herren,
die Charité führt eine wissenschaftliche Studie zur Untersuchung der gesundheitlichen Folgen politischer Haft in der ehemaligen DDR und SBZ durch. Dabei werden mögliche körperliche und psychische Folgen der Haft untersucht.

Hierzu werden verschiedene Interviews und Tests durchgeführt und Fragebögen eingesetzt. Zur Durchführung dieses Vorhabens, sind wir auf der Suche nach Proband*innen.

Meldungen bei Frau Dajana Sciortino
E-Mail: DDR-Unrecht@charite.de

Spender für die VOS. Jeder Euro hilft dem Überleben des Verbandes

Eckhard Mensebach, Dr. Helmut Schulze, Günther Müller, Hans-Joachim Markgraf, Wilfried Seifert, Dr. Helmut Schulze, Manfred Krafft, Vera Falke, Hermine und Reinhold Irimi, Hans-Joachim Keferstein, Manfred Schultz, Herbert Ewen, Beate Rusch, Heinrich Werner, Gisela Lotz, Paul Radicke, Dorothea Harder, Horst Lindemuth, Günter Jäger, Bernd Lauterbach, Dr. Bernd Palm, Annelies Schnabel, Horst Radtke, Rotraut und Detlef von Dechend, Jürgen Wendler, Irma Sann, Walter Schrader, Wilma Möller, Karla und Dieter Bachmann, Ursula Krause, Maria und Reinhard Walther, Werner Kotteritzsch, Gerhard Milde, Helmut Günther, Dr. Herbert Priew, Herbert Steinert, Karl-Gunter Wehling, Ingrid und Michael Faber, Irene und Bruno Niedzwetzki, Othmar Ballmeier, Heinz Rüdiger, Hede Ehrlich, Gerd Lindner, Hans-Georg Metzsch.

Danke allen, die dem Verband finanziell helfen. Danke allen, die auf andere Weise für die VOS da sind, indem sie organisatorische und sonstige ehrenamtliche Tätigkeit für uns leisten.

A C H T U N G !

Die Bundes- und Landesgeschäftsstelle Berlin der VOS bezieht am 14. Dezember 2020 neue Räumlichkeiten. Der Standort bleibt im westlichen Berlin, in der Uhlandstraße 120, 10717 Berlin-Wilmersdorf. Bitte beachten Sie das bei Anfragen oder Besuchen. Unverändert bleiben die Öffnungszeiten und die Rufnummern. Mit der U-Bahn und dem Bus ist die Beratungsstelle sehr gut erreichbar.
Das Haus am Bahnhof Zoo wird ab dem 01.01.2021 generalsaniert und machte den Umzug notwendig.

Ihr / euer Hugo Diederich

VEREINIGUNG DER OPFER DES STALINISMUS e.V. (VOS)
Hardenbergplatz 2, 10 623 Berlin
PVSt Deutsche Post, Entgelt bezahlt, G 20 666
„Freiheitsglocke", herausgegeben von der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. - Gemeinschaft von Verfolgten und Gegnern des Kommunismus - (gemeinnützig und förderungswürdig), erscheint seit 1951 im Selbstverlag zwölf mal jährlich, ab 2014 in 6 Doppelausgaben

Bundes- und Landesgeschäftsstelle Berlin der VOS
Uhlandstraße 120, 10 717 Berlin-Wilmersdorf, ab dem 14.12.2020
Telefon / AB: 030 – 2655 23 80 und **030 – 2655 23 81**
Fax: 030 - 2655 23 82
Email-Adresse: **vos-berlin@vos-ev.de**
Postbankkonto Köln
IBAN: DE31 3701 0050 0018 6255 01
BIC: PBNK DEFF

Beratung in der Landesgeschäftsstelle Berlin:
Telefon/AB: 030 - 2655 23 81 Fax: 030 – 2655 23 82
Mail: lv-berlin@vos-ev.de
Dienstag und Donnerstag von 12.00 bis 17.00 Uhr,
sonst nach Vereinbarung. Um Voranmeldung wird gebeten.

V.i.S.d.P.: Bundesvorstand der VOS
Chefredakteur: A. Richter-Kariger (www.first.minute-buecher.de),
eMail: redaktion@vos-ev.de,

Bitte nur deutlich lesbare Beiträge schicken. Bitte bei eMails und Fax-Schreiben **den Absender nicht vergessen**, sonst ist **keine Abnahme** vom Server gewährleistet.

Auftragnehmer: Neymanns Tel. 030 / 70 24 22 24, E-Mail: satzherstellung@gmx.de. Internet: www.satzherstellung.com

Die mit Namen gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers dar. Mit (FG) gekennzeichnete Beiträge sind zum Nachdruck mit Quellenangabe frei. Beleg erbeten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte keine Gewähr. Jedes Mitglied der VOS wird durch den Erhalt der „Freiheitsglocke" vom Verbandsleben informiert.

Jahresbeiträge:

– **einheitlich für alle Mitglieder**	45,00 €
– Ehepartner (ohne Freiheitsglocke)	15,00 €
– Aufnahmegebühr Mitglieder	2,60 €
– Abonnement der Freiheitsglocke	24,00 €

Spenden (steuerlich absetzbar) erbeten!

Internetseiten der VOS www.vos-ev.de
Fg-Nummer 819/ 820 erscheint Jan./Februar 2021
Redaktionsschluss der FG 817/818 am 20. Nov. 2020